Nr. 219 — Jahrgang 12 | Einzelnummer 0,20 Zl. | Sonnabend, den 24. September 1927

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.14 Zlp. Anzeigen unter Text 0.50 Zlp. von außerhalb 0.60 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 30. 9. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto: P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Fünf Jahre Schlesischer Sejm

Wenn alle Erwartungen nicht täuschen, braucht dem Schlesischen Sejm kein Nekrolog geschrieben werden, er hat sein Zeitliches gesegnet und sollte er wirklich in irgend einer Form nochmals galvanisiert werden, so bestimmt nicht, um der oberschlesischen Arbeiterschaft zu helfen, sondern, um die nationalen Gegensätze in der krassesten Form widerzuspiegeln. Ein Kind der Versprechungen glücklicher Zeiten, wird er in der Geschichte immer mit Zweifelsurteilen heehrt, am Bleibenden hat er nichts geschaffen und die Arbeiterkasse kann ruhigen Gewissens sagen, daß er alles getan hat, um ihren sozialen Aufstieg zu unterbinden. Als während des Abstimmungskampfes die polnische Propaganda ein zugkräftiges Mittel brauchte, schenkte sie den Oberschlesiern eine Autonomie, die, wenn man in Warschau geneigt gewesen wäre, sie auszubauen, bestimmt berufen war, die nationalen Gegensätze zu überbrücken und darüber hinaus aus dem wirtschaftlich hochstehenden Lande ein Gebiet zu schaffen, welches allen Teilen Polens zum Muster gereichen konnte. Hier, wo 90 Prozent Industriearbeiterschaft zusammengedrängt sind, konnte auf sozialpolitischem Gebiet etwas geschaffen werden, alle Voraussetzungen waren gegeben, wenn die Arbeiterklasse selbst bei den Wahlen zum schlesischen Sejm erkannt hätte, worum es geht. Aber die Wahlen standen ja im Zeichen der Nachwehen des Plebiszitkampfes und darum ist es kein Wunder, daß ein Parlament zustande kam, welches die nationalen Gegensätze und nicht das soziale Gepräge ergab. Die Arbeiterschaft erlangte nur eine bescheidene Vertretung, war in sich gespalten; auch hier wirkte der Abstimmungskampf nach und so kam es, daß sie während der ganzen fünf Jahre eigentlich nichts wesentliches zum Vorteil für sich schaffen konnte.

Wir gehörten nicht zu denen, die sich der Hoffnung hingaben, daß eine Zuteilung oberschlesischer Erde an Polen, der Arbeiterklasse irgend welche Vorteile bringen werde. Eine solche Erwartung hegen, heißt die heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung zu verkennen. Man gab Polen Oberschlesien und die Industrie bald in die Hände des internationalen Kapitals; die Wirte haben gewechselt, die Unterdrückung ist geblieben. Gewiß waren wir der Ansicht, daß die Arbeiterklasse aus den Abstimmungskämpfen belehrt, sich im schlesischen Sejm eine Position schaffen wird, auf die auch Warschau Rücksicht nehmen muß. Dies ist nicht geschehen und glaubten, daß es nun oberste Aufgabe sein mußte, ein Statut für die innere Verwaltung auszuarbeiten und Neuwahlen auszuschreiben, damit nicht das Leben dieses Sejms verewigt werde. Aber während der fünf Jahre, seit den Wahlen, ist es nicht dazu gekommen, der Schlesische Sejm hat trotz seiner inneren Organisation, wo er am 24. September 1922 gestanden hat und wir glauben nicht, daß er sich dazu aufraffen wird, die ihm übertragene Aufgabe, ein Organisationsstatut zu schaffen, entledigen will. Daß es besonders die Arbeiterschaft ist, die fortgesetzt nach Auflösung des Sejms ruft, ist verständlich, denn sie sieht sich um alle Hoffnungen betrogen. Aber sie folgt den Wünschen nationalistischer Rufer, weil sie die Möglichkeiten unterschätzt, die der Sejm vollbringen könnte, wenn eine andere Zusammensetzung dieses Parlaments durch Neuwahlen zustande käme.

Wir wollen nicht untersuchen, welche Schwierigkeiten vorlagen, die den schlesischen Sejm daran hinderten, seine Aufgabe zu lösen. Ohne mit der Politik des Deutschen Klubs einverstanden zu sein, muß man doch sagen, daß seine Führer bemüht waren, die nationalen Gegensätze auszugleichen und wenn auch oft bei ihnen der Nationalismus überwog oder doch die Hauptrolle spielte, so war er nicht von ihnen provoziert, sondern war eine Abwehr auf Angriffe von polnischer Seite. Das war bei der Struktur der Zusammensetzung nicht anders zu erwarten und wir haben es ja auch erleben müssen, daß unter dem Zwang der Verhältnisse auch unsere polnischen Genossen sich manche Entgleisung zuschulden kommen ließen, wollten sie nicht vor den anderen polnischen Parteien als Verräter an der nationalen Sache hingestellt werden. Auf dem Boden des Nationalismus aber verstanden die Industrie und Landwirte ihre Vorteile zu schinden, sie beziehungsweise ihre Vertreter im Schlesischen Sejm waren immer einig, wenn es darum ging, die Arbeiterschaft aufs neue zu belasten. Gewiß, es gibt auch unter den bürgerlichen Vertretern des Sejms Menschen, die sich der sozialen Aufgaben bewußt sind. Aber sie wollen nicht Reformen bleibende Werte schaffen, sondern Flickwerk, um der Bibel und den Zeiterscheinungen gerecht zu werden. Und Flickwerk bleibt Flickwerk, es ist auch Ausdruck der Gesetzgebung des Schlesischen Sejms. Und Warschau hat willig dazu beigetragen, alles was im großen Wurf für Oberschlesien gelingen sollte, durch Einsprüche und formelle Rechtsstreitigkeiten aufzuheben, so daß nach fünf Jahren der Kram so liegt, wie er bei den Wahlen vorgefunden wurde.

Am 11. Oktober geht die Kadenzzeit des Schlesischen Sejms zu Ende. Noch ist es zweifelhaft, was aus ihm wird, denn nach den Grundsätzen der Verfassung und des Autonomiestatuts, müßte der Schlesische Sejm bereits im September einberufen werden, um das Budget fürs kommende Jahr zu erledigen. Man hat einen anderen Ausweg gewählt, weil einmal die oberste Leitung der Wojewodschaft einer Kritik unterzogen werden sollte, den Sejm geschlossen! Das gegenwärtige Budget läuft aber bis zum 31. März 1928, und da hat es noch Zeit mit der Einberufung des schlesischen Parlaments. Mit der Zeit ist hinsichtlich des Parlamentarismus und der Demokratie auch die Warschauer Methode wachgerufen worden, wie lange sie währen wird, kann niemand übersehen.

Die Arbeiterschaft hat an diesem Schlesischen Sejm kein Interesse. Sie kann nur den Wunsch aussprechen, daß der Schlesische Sejm möglichst bald, also spätestens am 11. Oktober aufgelöst wird und innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen 75 Tage Neuwahlen ausgeschrieben werden. Und dann liegt es an der Arbeiterklasse, sich einen Sejm zu wählen, der ihren Anforderungen entspricht. Gewiß fehlt es nicht an Stimmen, die behaupten, daß es das erste und letzte Parlament Schlesiens war. Mit dem Sejm soll auch die schlesische Autonomie zu Grabe getragen werden und wenn wir uns der verschiedenen Resolutionen des Aufständischen-Verbandes erinnern, so wäre auch diese Möglichkeit durchaus keine Ueberraschung. Ob damit Oberschlesien und Polen gedient wäre, ist eine Frage, die wir hier nicht untersuchen wollen.

Für uns lautet die Forderung am fünften Jahrestage des Schlesischen Sejms: **Auflösung und Neuwahlen!**

—ll.

Kehraus in Genf

Schluß der Völkerbundstagung am Mittwoch — Dr. Breitscheid über die intellektuelle Zusammenarbeit

Genf. Das Büro der Völkerbundsversammlung ist Donnerstag nachmittag zusammengetreten, um über die Dispositionen für die weiteren Arbeiten zu beraten. Die Verhandlungen der Völkerbundsversammlung werden nach den heute getroffenen Dispositionen voraussichtlich bis Dienstag oder Mittwoch nächster Woche dauern. Nach Schluß der Tagung der Vollversammlung wird der Rat noch einmal zusammentreten, um, wie üblich, über die Durchführung der Beschlüsse der Zollkommission zu beraten. Der Rat wird ferner in seiner letzten Sitzung die Einberufung der vorbereitenden Abrüstungskommission sowie der neugeschaffenen Kommission für die Sicherheitsgarantien vorzunehmen haben.

Genf. Zu Beginn der Donnerstag-Sitzung der Vollversammlung wurde ein englischer Antrag eingebracht, wonach die Beziehungen zwischen dem Völkerbund und den verschiedenen unter seiner Autorität stehenden Institutionen geprüft werden sollen.

Dann erstattete Reichstagsabgeordneter Dr. Breitscheid Bericht über die Arbeiten der internationalen Kommission für intellektuelle Zusammenarbeit. Er wies darauf hin, daß es sich hierbei um eine wesentliche Aufgabe des Bundes zur Aufrechterhaltung des Friedens handele. Die Organisation habe die Aufgabe, Kunst und Wissenschaft in den Dienst der Menschheit zu stellen. Ihr Ziel müsse sein, die Jugend in allen Ländern im Geiste der gegenseitigen Verständigung zu erziehen. Die junge Generation müsse verstehen lernen, daß der Völkerbund notwendig sei und beachtet werden müsse. Jede Nation müsse zweifellos in erster Linie Selbstachtung üben, jedoch sich davor hüten, andere Nationen zu unterschätzen oder zu verachten. Man dürfe nie vergessen, daß für die Lösung von Streitigkeiten in Zukunft andere Mittel gefunden werden müßten, als die Austragung durch die Waffen. Darauf sprach der französische Abgeordnete Plaisant, der den Wert der deutschen Mitarbeit an der Organisation hervorhob. Im weiteren Verlauf der Sitzung legte Senator de Brouckere die Beschlüsse der Pressesachverständigen-Konferenz vor.

Finanzielle Unterstützung eines angegriffenen Staates

Ein finnischer Antrag im dritten Völkerbundsausschuß.

Genf. Der dritte Versammlungsausschuß stimmte heute nachmittag einem von Finnland eingebrachten Antrag zur Weiterbehandlung der Frage der finanziellen Unterstützung eines angegriffenen Staates zu. Mit diesem Vorschlag wird der Rat aufgefordert, den vorliegenden Entwurf des Finanzkomitees so vervollständigen zu lassen, daß über seine Annahme entweder auf der Abrüstungskonferenz oder auf einer Sonderkonferenz entschieden werden kann. Mit der Fortsetzung dieser Arbeiten soll das dem vorbereitenden Abrüstungsausschuß beizugebende Sonderkomitee betraut werden. Der finnische Antrag wurde von verschiedenen Staaten trotz grundsätzlicher Zustimmung mit Vorbehalten versehen, die auf Antrag des indischen Vertreters im Protokoll verzeichnet werden.

Ein Erfolg der Danziger Eisenbahner?

Genf. Der Völkerbundsrat beschloß am Donnerstag bei Behandlung des Appells des Danziger Senats gegen die Entscheidung des Danziger Völkerbundskommissars van Hamel vom 8. April dieses Jahres über das Klagerecht der Danziger Eisenbahner gegen den polnischen Staat in dieser Frage ein Gutachten des Haager Schiedsgerichtshofes einzuholen.

Der Berichterstatter für die Danziger Fragen im Rat, der gegenwärtige Ratspräsident Villegas, hatte vorher einen entsprechenden Antrag eingebracht, dem auch der Danziger Senatspräsident Sahm zustimmte. Dr. Sahm erklärte, er habe gehofft, daß es möglich sein werde, diese Angelegenheit durch eine Entscheidung in der gegenwärtigen Ratstagung zu regeln, was durchaus im Interesse der Danziger Eisenbahner gelegen hätte. Auch der polnische Kommissar Straßburger schloß sich dem Antrag des Berichterstatters an. Dagegen beantragte Völkerbundskommissar van Hamel die Wiederaufnahme von Einigungsverhandlungen zwischen Danzig und Polen über eine Reihe von Einzelfällen unter seinem Vorsitz. Dieser Vorschlag wurde vom Senatspräsidenten Sahm abgelehnt, denn beim Vorliegen eines Gutachtens des Haager Schiedsgerichtshofes und daraufhin eines Ratsbeschlusses würden alle Streitigkeiten von selbst in sich zusammenfallen.

Belagerungszustand in Hankau

Paris. Nach einer Havasmeldung aus Hankau wurde über die Stadt der Belagerungszustand verhängt. Die Straßen, in denen Barrikaden errichtet wurden, werden von starken Patrouillen durchstreift. Diese Maßnahme wurde ergriffen, weil vorgestern Abend in einer der belebtesten Straßen eine bewaffnete Bande das Feuer auf eine Militärabteilung eröffnete, die einen Gefangenen, einen an Bord eines japanischen Dampfers verhafteten angeblichen Kommunistenführer, eskortierte. In der Verwirrung konnte der Gefangene entkommen, mehrere Mitglieder der Bande wurden jedoch verhaftet. Im Laufe eines weiteren Zwischenfalles zwischen Japanern und Chinesen wurde eine japanische Schildwache mit dem Bajonett angegriffen. Als sie mit Gewehrfeuer antwortete, wurde von Maschinengewehren Gebrauch gemacht. Ein Chinese wurde getötet, mehrere andere wurden verwundet.

Der 15. Juli vor dem Rechtsausschuß

Wien. Der Rechtsausschuß des Nationalrates beschäftigte sich Donnerstag auf Grund eines Antrages der Sozialdemokraten auf bedingungslose Amnestie der Julidemonstranten mit den blutigen Vorgängen am 15. und 16. Juli d. J. in Wien. Während der Debatte bestritt der Hauptredner, der Sozialdemokrat Austerlitz, die vielfachen Plünderungen während der Unruhen lebhaft und erklärte, „die Leute hätten Kleinigkeiten mitgehen heißen“, was zu erregten Auseinandersetzungen führte. Zu neuerlicher großer Erregung kam es, als der zweite Hauptredner der Sozialdemokraten, Bauer, das Wiener Landesgericht beschuldigte, bei der Einberufung der Schöffen zu den Verhandlungen gegen die Julidemonstranten insofern unkorrekt vorgegangen zu sein, als Arbeiter vom Schöffenamt übergangen worden seien. Justizminister Dr. Dinghofer unterbrach daraufhin unter großer Erregung aller Ausschußmitglieder sofort die Beratung mit der Erklärung, daß er die Behauptungen Bauers erst einmal auf das genaueste untersuchen lassen wolle.

Weitere Todesurteile in Litauen

Kowno. Das Kriegsgericht in Tauroggen fällte gegen weitere 22 am Tauroggener Putsch Beteiligte das Urteil. Acht Angeklagte wurden zum Tode, neun zu lebenslänglicher Kerkerstrafe, die übrigen zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt. Der Staatspräsident hat die Todesstrafe bei sieben Angeklagten in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt. Ein Todesurteil ist bereits vollstreckt worden.

Ein Militärflugzeug abgestürzt

Thorn. Am Donnerstag stürzte hier ein polnisches Militärflugzeug aus einer Höhe von 400 Metern ab. Der Apparat wurde vollkommen zerstört und der Pilot, ein Oberleutnant, auf der Stelle getötet.

Wilhelm II. an den Reichspräsidenten

Wie die „Kreuzzeitung“ mitteilt, hat der ehemalige deutsche Kaiser an Herrn von Hindenburg zur Enthüllung des Tannenbergdenkmals folgende Drahtung gesandt:

Bei der heutigen Weihe des Denkmals für die Schlacht von Tannenberg bin ich in tiefer, unauslöschlicher Dankbarkeit bei allen denen, die zu diesem gewaltigen Cannae beigetragen haben. Von mir mit dem Auftrage entsandt, Ostpreußen, koste es, was es wolle, vom Feind zu befreien, gelang es Ihrer und des Generals Ludendorff überlegener Führung, unterstützt durch die hingebende Mitwirkung Ihrer Unterführer und Gehilfen, die meist der Schule meines alten Generalstabschefs, des Grafen Schlieffen, entstammten, mit unseren unvergleichlichen, von Opferfreudigkeit und Tapferkeit beseelten Truppen diesen herrlichen Sieg zu erkämpfen. Tannenberg zeigte der Welt von neuem, wozu deutsche Kraft unter starker, zielbewußter Führung fähig ist. Möchte der Heldengeist von Tannenberg unser zerrissenes Volk durchdringen und einigen! Dann wird es wiederum Wunder wirken und die Tapferen, denen heute das Denkmal ersteht, werden nicht umsonst gefallen sein! Dann wird es mit Gottes Hilfe wieder aufwärts gehen. Gez. Wilhelm, I. R.

Es ist das erstemal, daß der entflohene und abgedankte Monarch den Präsidenten der deutschen Republik antelegraphiert, wenigstens ist bisher nichts von wilhelminischen Depeschen an Herrn v. Hindenburg bekannt geworden. Der Reichspräsident kann nichts dafür, daß ihn der Exkaiser im alten bombastischen Stile anredet, aber die nähere Umgebung Hindenburgs hätte besser daran getan, dieses Telegramm schweigend ad acta zu legen, anstatt es der konservativen Presse auszuhändigen. Ein taktvollerer Mann als Wilhelm von Hohenzollern würde es vermieden haben, den heutigen Reichspräsidenten in dieser Weise anzureden, doch Wilhelms Charakterbild steht ja ohnehin fest. Nach der „Kreuzzeitung“ ist das Telegramm „an den Generalfeldmarschall von Hindenburg“ gelangt. Da der Empfänger die unvergleichlich höhere Würde eines Reichspräsidenten besitzt, so liegt in der Adresse, falls sie authentisch ist, eine durchaus unstatthafte Ehrfurchtsverletzung gegenüber dem Reichsoberhaupt.

Chamberlain in Ungnade

Seine „bolschewikische Haltung“.

Budapest. Die ungarische Presse hat schon das Stichwort gefunden, mit dem der Kampf um die Entschädigung der enteigneten Großgrundbesitzer weitergeführt und in der Dezembertagung des Völkerbundsrates in einem für die Grafen günstigen Sinn entschieden werden soll. Die Angriffe richten sich vor allem gegen Chamberlain. Ihm wird Inkonsequenz zwischen seiner Politik gegen Rußland und seine Stellungnahme in der ungarisch-rumänischen Streitfrage vorgeworfen. Die ungarischen Zeitungen fragen, mit welchem Recht Chamberlain für die in Rußland enteigneten englischen Kapitalisten eine Entschädigung fordere, wenn er der rumänischen Regierung das Recht zubilligen will, fremde Staatsbürger ohne Entschädigung zu enteignen! Die ungarischen Grafen werden also in noch höherem Maße als bisher an die Solidarität des Besitzes appellieren, und sie hoffen, bis Dezember auf dieser Grundlage eine Unterstützung bei allen kapitalistischen Regierungen zu erreichen. So erscheint in der ungarischen Presse heute sogar der englische Außenminister Chamberlain als ein Bolschewik, und er hat dementsprechend eine sehr schlechte Presse. Man ist über ihn um so mehr verstimmt, als man auf die englische Unterstützung in allen internationalen Fragen blindlings gerechnet hatte. Dafür wird Apponyi als der große nationale Held in allen Tonarten gefeiert: die Güter der Grafen, die aus Siebenbürgen vor der Wut des Volkes ausgerissen sind, das sind eben die „nationalen Angelegenheiten“ Ungarns.

Südslawische Beschwerde in Sofia

Berlin. Die Morgenblätter geben eine Meldung der Belgrader „Politica“ wieder, wonach heute der südslawische Minister des Auswärtigen den südslawischen Gesandten in Sofia beauftragt hat, im Namen der Belgrader Regierung im Zusammenhang mit dem Attentat auf einen Eisenbahnzug bei Gewgheli und mit den Ueberfällen revolutionärer bulgarischer Banden auf südslawischem Gebiet Vorstellungen zu erheben.

Unterzeichnung der fakultativen Schiedsgerichtsklausel durch Deutschland

Genf. Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat, wie verlautet, im Laufe des Freitag die formelle Unterzeichnung der fakultativen Schiedsgerichtsklausel des Haager Schiedsgerichtshofes vorgenommen. Die Unterzeichnung war vom Reichsaußenminister bereits in seiner Rede vor der Vollversammlung zu Beginn der Tagung in Aussicht gestellt worden.

Wirth sagt ab

Berlin. Das „Berliner Tageblatt“ teilt mit, daß Dr. Wirth seine Teilnahme an dem am Sonntag stattfindenden Parteitag des badischen Zentrums abgesagt hat und sich auf die Uebermittelung eines Memorandums beschränke, in dem er seinen Standpunkt begründet. Das genannte Blatt veröffentlicht hierzu eine Zuschrift aus dem Freundeskreis Dr. Wirths, in der diese Absicht sehr bedauert wird, da der Parteitag eigens wegen des Falles Wirth einberufen worden sei und Prälat Schofer den Parteivorsitzenden Marx veranlaßt habe, von einer endgültigen Stellungnahme des Reichszentrums zu Dr. Wirth abzusehen, bis der badische Parteitag gesprochen haben würde. Es müsse auch einmal aus befreundetem Kreise Herrn Dr. Wirth gesagt werden, daß es so nicht gehe. Es wäre wünschenswert, wenn Dr. Wirth seinen Entschluß noch revidieren und im Interesse des bisher durch ihn so wirkungsvoll vertretenen demokratischen und republikanischen Gedanken sich persönlich am nächsten Sonntag auf dem Parteitag des badischen Zentrums für seine Ideen einsetzen würde.

Mehr sozialistische Propaganda

Genosse! Dieser berechtigten Forderung Deiner Parteiorganisation kommst Du mit Erfolg nach, wenn Du mit Deinen Klassengenossen über die brennendsten Tagesfragen diskutierst. Und darum ist es unumgänglich, das Du den „Volkswille“ abonnierst.

Seid Sozialdemokraten mit Leib und Seele! Arbeitet aktiv mit!

Bandenkampf an der jugoslawisch-bulgarischen Grenze

Wien. Wie das „Neue Wiener Tageblatt“ aus Belgrad meldet, stießen Polizeitruppen bei der Verfolgung der Eisenbahnattentäter in der Nähe der bulgarischen Grenze auf eine starke Komitatschi-Bande. Es kam zu einem heftigen Gefecht, das die ganze Nacht hindurch dauerte. Verstärkungen sind nach dem Kampfplatz unterwegs.

Russische Erklärung zur Erdölfrage

Moskau. In einer Unterredung mit Pressevertretern erklärte Goldin, der Vertreter des Handelskommissars, daß die Aufforderung Deterdings, russisches Naphtha zu boykottieren, in den Verbraucherschichten und in den öffentlichen Kreisen Europas keinen Widerhall gefunden hätten. Die Bedeutung des russischen Naphtha-Exports für die europäischen Verbraucher gipfelte weniger darin, daß Rußland seine Naphtha-Produkte billiger verkaufe, sondern darin, daß Rußland die 10 bis 20 Prozent, die es zum Gesamtimport der verschiedenen Länder beisteuere, unabhängig von den anderen monopolisierten Lieferanten liefere, und diese dadurch zwinge, auch ihre Waren billiger zu verkaufen. Hierdurch spare Europa jährlich viele Millionen. Die zweite Besonderheit der russischen Naphtha-Ausfuhr, erklärte Goldin weiter, bestehe darin, daß das Sowjet-Handelskommissariat in Europa hauptsächlich mit nationalen Naphtha-Organisationen in den einzelnen Ländern arbeite, die jeder Existenzgrundlage verlustig gingen, sobald der russische Export seine Unabhängigkeit verlieren würde. Goldin äußerte weiterhin: „Entgegen der vermutlich aus Kreisen Deterdings verbreiteten phantastischen Nachricht, daß Stalin angeblich bereit sei, mit ihm über die nationalisierten Naphthaquellen ein Abkommen zu treffen, wissen wir nichts auch nur von der geringsten dahin zielenden Absicht der Sowjetregierung. Bei allen Verhandlungen mit der Shell-Gruppe und der Standard-Oil-Company erwies sich stets als Haupthindernis gegen ein Abkommen unser ständiges Bestreben, unsere Teilnahme an der Versorgung der europäischen Mächte zu bewahren. Dank unserer Zusammenarbeit mit den nationalen Naphtha-Handelsorganisationen bei den Einkäufen der europäischen Regierungen lag bisher kein Grund vor, zu bedauern, daß eine Verständigung mit den Monopolisten nicht erzielt wurde.“

Französisch-sowjetrussische Schuldenverständigung?

Kowno. Wie soeben aus Moskau gemeldet wird, behandelte der stellvertretende Außenkommissar Litwinow in einer Erklärung, die er Vertretern der Sowjetpresse machte, das französisch-russische Schuldenproblem. Aus seinen Aeußerungen ist zu entnehmen, daß nach Ansicht der sowjetrussischen amtlichen Stellen in der Schuldenfrage bereits eine Einigung erzielt worden sei. Litwinow erklärte jedenfalls, daß die französische Presse mit Unrecht das Vorhandensein einer solchen Einigung, wie er von früher bekanntgegeben habe, abstreite. Er sei deshalb ermächtigt, ausdrücklich festzustellen, daß eine Verständigung zwischen Frankreich und Sowjetrußland erfolgt sei. Die Sowjetregierung wäre bereit, bei einer beliebigen französischen Bank die erste Hälfte des Jahres-Schuldendienstes von 30 Millionen Goldfranken in allernächster Zeit einzuzahlen. Ueber die Schuldenfrage hinaus sei auch die Anleihefrage geregelt.

Stalin und Mussolini Arm in Arm

Russisch-italienischer Geheimvertrag gegen die Türkei.

Die Beziehungen zwischen dem bolschewistischen Rußland und dem faschistischen Italien haben in den letzten Jahren eine auffallende Annäherung erfahren. In Berliner diplomatischen Kreisen führt man das insbesondere auf einen Vertrag zurück, der im Jahre 1924 zwischen Italien und Rußland abgeschlossen wurde und deren gegenseitige Interessen im Osten Europas regelt. Der Vertrag liegt im Wortlaut vor.

Aus seinem Inhalt wird uns mitgeteilt, daß es sich um ein Geheimabkommen handelt, in dessen Anhang sich die russische Regierung im Falle eines türkisch-italienischen Konflikts u. a. zu einer aktiven Teilnahme zugunsten Italiens verpflichtet. Sollte ein russisch-türkischer Konflikt ausbrechen, so soll Italien nach dem Vertrag zwar nicht wie Rußland aktiv eingreifen, sondern die russische Regierung durch Maßnahmen der verschiedensten Art unterstützen und vor allem keine Neutralitätserklärung abgeben.

Und was sagt der Völkerbund zu seinem Mitglied Italien?

Der Riesenprozeß gegen die Moldawaer Zigeunerkanibalen

Prag. Der Riesenprozeß gegen die Moldawaer Zigeuner, die des Kannibalismus beschuldigt werden, wird erst im nächsten Jahre zur Durchführung kommen, da die umfangreichen Vorarbeiten noch immer nicht abgeschlossen sind. 46 Zigeuner werden sich vor Gericht zu verantworten haben. Den Angeklagten werden 37 Anwälte zur Seite stehen. 4000 Fragen werden den Geschworenen vorgelegt werden. Der Prozeß wird über vier Monate dauern. Für die Verlesung der Anklageschrift ist allein ein Monat vorgesehen.

Die Bande des Schreckens

The Terrible People

von Edgar Wallace

54)

„Sie können darauf wetten, daß ich Ihnen glaube,“ versicherte er ihr überzeugt. „Das ist ein neuer Trick für mich, Miß Cravel.“

„Ein neuer? Sie haben hundert neue,“ sagte sie verächtlich. „Sie haben Sie dreimal verfehlt, aber zum Schluß werden sie Sie doch kriegen, Wetter Long!“

Sie schaute ernst auf ihn.

„Ich habe heute einen Ehrlichkeitsanfall, und ich will Ihnen etwas sagen. Ich fürchte zweierlei: Ich fürchte, daß sie Sie töten werden, und ich fürchte, daß es ihnen nicht gelingen wird! Und zwar, wenn es Ihnen nicht gelingen wird, werden Sie sie das nächste Mal abfassen, und das wird das Ende von allem sein. Wollen Sie mich mitnehmen? Ich werfe mich sofort auf die Knie vor Ihnen, wenn Sie mich hinter Schloß und Riegel setzen. Ich bin nicht verrückt, Long. Ich bin noch nie so gesunden Geistes gewesen wie heute. Aber ich bin damit fertig — ganz fertig!“

Er nahm den Brief aus dem Tischkasten und zeigte ihn ihr. Sie las nur ein oder zwei Zeilen und gab ihn zurück.

„Ich weiß, meinte sie. „Werden Sie gehen?“

Er nickte.

„Am sechzehnten?“

Er nickte abermals.

„Was erwarten Sie?“

„Verdruß,“ antwortete er kurz.

„Und den wird es geben,“ sagte sie mit aufeinander gebissenen Zähnen. „Sie ahnen nicht, was Sie in Heartsease erwartet!“

* * *

Die Warnung ließ ihn erschauern. Er antwortete jedoch nicht, sondern beobachtete nachdenklich, wie sie gelassen die geschwärzten Handschuhe auszog und ein neues Paar anzog.

„Ich kann nichts mit Ihnen anfangen. Das befürchtete ich schon. Wo ist die Sanders?“

„In einer Privatklinik,“ antwortete er, obgleich er wußte, daß er sie darüber nicht zu unterrichten brauchte.

„Ist sie dort sicher?“ fragte sie ihn lächelnd.

„Ziemlich sicher. Ein Detektiv patrouilliert um das Haus herum, und einer sitzt die ganze Nacht unten in der Halle.“

„Und sie wird von ihnen herausgeholt werden, wenn sie gebraucht wird.“

„Ich wette,“ sagte Long.

„Sie würden verlieren.“

Sie schien noch etwas sagen zu wollen, doch änderte sie ihre Meinung. Sie drehte sich um, öffnete die Tür und blieb auf der Schwelle stehen, um ihren letzten Schuß abzufeuern.

„Ihre Bande des Schreckens braucht Nora Sanders sehr nötig,“ meinte sie mit zuckenden Lippen. „Sie brauchen sie unbedingt. Sie werden niemals raten, warum.“

„Weil sie pleite sind,“ entgegnete er schnell und bemerkte, wie ihr Gesichtsausdruck sich veränderte.

„Pleite? Wer hat Ihnen das gesagt?“ gellte ihre Stimme. Sie war sichtlich erstaunt.

„Sie sind pleite. Jemand hat die Reserven angegriffen, und jemand anders Deckung verschafft.“

Sie schaute ihn nachdenklich an, ihre Lippen zuckten.

„Ist das so?“ fragte sie leise. „Aber passen Sie gut auf Ihre Nora Sanders auf!“

Er wußte, daß sie die Wahrheit redete. Lange noch, nachdem sie fortgegangen war, wanderte er im Zimmer auf und ab und blieb nur ab und zu stehen, um seinen Diener zu beobachten, wie er den Rauch durch das offene Fenster zu verjagen versuchte, denn der Dunst abgebrannten Magnesiums ist schwer zu vertreiben.

Darauf setzte er sich an den Schreibtisch und begann mit einem Bleistift einen Plan der Klinik zu entwerfen, in der Nora Sanders lag. Was das Mädchen berichtete, stimmte. Die Vorkehrungen, die er traf, um das Verbrechen zu verhindern, das beinahe schon einmal für das Mädchen unheilvoll geendet hatte, waren sehr umfangreich.

Er betrachtete die Skizze von jedem Gesichtspunkt aus und vergegenwärtigte sich jede Möglichkeit, die eintreten konnte. Das Ende der Bande des Schreckens war nur noch eine Frage der Zeit. Vor seinen Augen sah er sie im Zustande des Zerfallens, aber noch lebte in der Bande der Geist einer letzten Anstrengung.

Long ging nach der Klinik, um die Oberschwester zu befragen. Sie war ein kleines, einfach aussehendes Persönchen und glaubte nicht an die Möglichkeit einer Entführung.

„Aber selbstverständlich ist sie vollständig sicher. — Besonders, da der Platz mit Detektiven umgeben ist.“

Als sie in die Eintrittshalle hinaustraten, hörten sie von oben her ein Stöhnen, und die Frau lächelte.

„Das ist nichts Ernstes. Eine Nervenkranke — eine junge Frau, die heute nachmittag eingeliefert worden ist. Ein hysterischer Anfall; es wäre nicht weiter schlimm, wenn sie nur ruhig bliebe.“

„Stört sie nicht die anderen Patienten?“

„Sie wird noch heute abend wegkommen. Ich habe schon ihrem Arzt gesagt, daß wir sie nicht hier behalten können. Das arme Geschöpf kann ebensogut wie Sie und ich herumgehen, doch besteht sie darauf, als Kranke behandelt zu werden.“

Er kehrte nach seiner Wohnung zurück und fühlte sich wegen des Mädchens sehr beruhigt, obgleich er die Warnung der Alcie Cravel nicht ganz vergessen konnte.

Sein Diener war ausgegangen, doch hatte er einen Zettel hinterlassen:

„Bitte, rufen Sie den Wachtmeister Rouch an!“

Long erreichte die telephonische Verbindung ohne Verzögerung.

„Ich glaube, ich habe das Verbindungsglied zwischen der Bande und den Jungens gefunden.“ Rouch nannte die „Unterwelt“ immer „Jungens“. „Kann ich sofort zu Ihnen kommen?“

„Ja, kommen Sie!“ sagte der Wetter, und eine Viertelstunde später kam Wachtmeister Rouch und mit ihm ein bleicher Mann, den er als den besten Spitzel kannte, und der für seinen verachteten Beruf gewisse finanzielle Vorteile hatte. Dieser Mann, der in der Unterwelt „Der Chef“ genannt wurde — er war früher einmal Koch in einem bekannten Restaurant gewesen —, nahm unter den Spitzeln eine besondere Stellung ein, denn er verstand sich gerade bei der Klasse, die er verriet, einen gewissen Einfluß zu verschaffen.

„Erzählen Sie dem Inspektor, was Sie wissen, Chef!“

Der Chef schaute mit Unbehagen von einem auf den andern, befeuchtete seine trockenen Lippen und begann dann mit seiner klanglosen, heiseren Stimme:

„Ihr sucht den Professor? Ich habe ihn oft in Bermondsay und Deptford gesehen. Er kennt alle Kanonen: Kalini, Jacobs und Griechen-Paul.“

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Reduzierungen von Beamten und Arbeitern vor dem Schlichtungsausschuß

Gestern, den 22. d. Mts., erschienen im Wojewodschaftsgebäude ungefähr 50 Personen, Beamte und Arbeiter von der „Gräfin-Lauragrube", darunter eine Anzahl schwer beschädigter Arbeiter. Wie das gewöhnlich üblich ist, fehlte wieder ein Beisitzer, so daß die Verhandlung später, als angesetzt, stattfinden mußte. Man verhandelte vier Stunden. Bayer vom Werkmeisterbund, Peschka von der „Afa" und andere verteidigten die reduzierten Leute und wiesen auf die Unhaltbarkeit und Ungesetzlichkeit der Reduzierungen hin. Der Vertreter der Verwaltung versuchte es mit allen Phrasen, den Standpunkt der Verwaltung zu stützen. Er führte aus, daß die Reduzierungen, die mit der Einwilligung des Demobilmachungskommissars erfolgten, vorgenommen werden mußten, denn sonst hätte man die ganze Grube stillegen müssen. Die Verwaltung muß monatlich Tausende von Zloty in den Betrieb zuschießen, um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Aus seinen Ausführungen mußte man entnehmen, daß die reduzierten, angeblich deutschen Grubenbeamten doch sehr gut gewirtschaftet haben, wenn ihre polnischen Nachfolger aus den früheren Ersparnissen Zuschüsse leisten können, denn ein Schnapka oder andere werden gewiß diese Zuschüsse nicht aus ihrer Tasche hergeben. Interessant waren die Ausführungen des ebenfalls reduzierten Bergverwalter Goldmann. Als Fachmann, der mit in diesem Betrieb jahrelang tätig war, mußte er mit allem gut vertraut werden. Wenn er einmal früher auch über schlechten Geschäftsgang mitgejammert hatte, so war das schließlich seine Sache. Er führte gestern vor dem Schlichtungsausschuß aus, daß der Absatz dieser Zeche in voller Blüte steht. Man hat neben der täglichen Förderungsziffer fast die ganze Bestandhalde von 18 000 Tonnen abgesetzt. Man kann sogar die eingelaufenen Bestellungen nicht ausführen. So geht das schon vom Monat April dieses Jahres. Im August dieses Jahres mußte eine Bestellung von 18 578 Tonnen ausbleiben, weil man diese nicht schaffen konnte. Die Arbeiterschaft wird zur siebenten Schicht in der Woche angehalten. Alles das zeugt von einer guten Konjunktur und diese Reduzierung von 420 Arbeitern und Beamten ist unverständlich.

Nach einer dreistündigen Verhandlung zog sich das Gericht zurück um zu beraten, was in dieser Angelegenheit zu machen ist. Es war zu erwarten, daß aus der ganzen Sache wieder nichts werden wird, denn das Gericht erklärte sich als nicht kompetent. Die Reduzierungen sind mit Einwilligung des Demobilmachungskommissars vorgenommen worden. Für die schwerbeschädigten reduzierten Arbeiter soll eine neue Verhandlung anberaumt werden, zu welcher ein Beisitzer von den Kriegsbeschädigten eingeladen werden soll. Nun wurde das schon im ersten Termine vor zwei Wochen erklärt und trotzdem hat man einen solchen Beisitzer nicht eingeladen. Die armen Leute haben tatsächlich kein Geld übrig, um von Königshütte, Chorzow und Umgegend nach Kattowitz zu fahren, wo sie schließlich noch abgewimmelt werden. Die gestrige Verhandlung erweckt den Anschein, daß alles von oben dirigiert wird. Wie bei den Lohnverhandlungen so auch bei den Entlassungen. Man muß wieder der Arbeiterschaft zurufen: „Organisiert euch und wahret eure Rechte. Der Betriebsrat, der Obmann Koll. Warzecha an der Spitze, hat sich die erdenklichste Mühe gegeben, um diesen Kameraden zu helfen, doch alles umsonst. Das Betriebsrätegesetz wird eben seitens der Arbeitgeber wenig beachtet.

Streik bei Rütgerswerke

Heute früh legte die gesamte Belegschaft der Rütgerswerke nach vorangegangener Versammlung die Arbeit nieder und verließ geschlossen die Fabrik. Der Grund für die Arbeitsniederlegung ist auf Lohnstreitigkeiten zurückzuführen, welche sich aus dem Schiedsspruch für die chemische Industrie, der auch die Rütgerswerke angehören, herausgebildet hat. Der Schiedsspruch, welcher ähnlich den Eisen- und Metallhütten eine 75 Groschen betragende Schichtzulage für die nicht im Akkord Beschäftigten vorsah, ist von dem Direktor dieser Fabrik, Herrn Bindewald, derartig zuungunsten der Arbeiterschaft ausgelegt worden, daß ein Massenprotest der Belegschaft in Form von Streik spontan hervorgerufen wurde. Die Gewerkschaften bemühten sich in den letzten Tagen, die Direktion zum Nachgeben in dieser Frage zu veranlassen, indem auf die aufgeregte Stimmung innerhalb der Belegschaft hingewiesen wurde. Versucht doch die Direktion eigenmächtig mit allen Mitteln die Tonnage derartig zu drücken, daß nur ein geringer Zuschlag zu den Tariflöhnen erzielt wird. Das nennt dann die Direktion Akkord und verweigert fast der ganzen Belegschaft die Zahlung der 75 Groschen Zulage, sodaß der Spruch des Schlichtungsausschusses dadurch vollständig illusorisch gemacht wurde.

In gleicher Lage befinden sich die Belegschaften der O. E. W. und der Kleinbahn, während die Stickstoffwerke bereits eingelenkt haben und ihren Arbeitern dem Spruch gemäß die Zulage auszahlen. Aus der Situation heraus hat sich nicht nur bei der Belegschaft der Zentrale Chorzow, sondern auch bei der Kleinbahn eine begreifliche Streikstimmung entwickelt. In diesen beiden Werken soll morgen der Streik beginnen, falls nicht noch im letzten Moment die Direktion der OEW. einlenkt.

Aber auch in der Eisen- u. Metallhüttenindustrie kriselt es innerhalb der Belegschaften ganz bedenklich. Hier ist wiederum die 10—12stündige Arbeitszeit und das langsame Voranschreiten der Verhandlungen mit der Warschauer Regierung, welche die betroffenen Belegschaften in letzter Zeit lebhaft beunruhigt. Schließlich hat die Verschleppung der Lohnverhandlungen in der Hüttenindustrie seitens des Arbeitgeberverbandes eine Situation geschaffen, welche den bereits aufgestapelten Zündstoff jeden Moment zur Entzündung bringen kann. Es ist auch schließlich ein offenes Geheimnis, daß durch die enorme Preissteigerung der wichtigsten Nahrungsmittel ein Elend unter den arbeitenden Massen Platz gegriffen hat, das nur derjenige einschätzen kann, der den kargen Haushalt des hiesigen Arbeiters kennt. Als schärfste Provokation der Arbeiter muß jedoch das famose statistische Amt wirken, welches für den vergangenen Monat sogar eine Senkung der Lebensmittelpreise errechnete, zum Spott für die Arbeiter, die am eigenen Beutel die Unzuverlässigkeit dieses Apparates spüren. — So kann sich der Streik bei Rütgerswerke zu einem Generalstreik entwickeln, wenn die Direktion nicht nur dieses Werkes, sondern auch der übrigen oben genannten, den berechtigten Wünschen der Belegschaften noch in letzter Stunde nicht Rechnung tragen.

Erpressungen und Betrügereien

Ein Monstre-Prozeß, welcher sich seit dem Jahre 1924 hinzieht und an derem Ausgang eine Reihe bekannter Kattowitzer Kaufleute, Firmeninhaber und Hoteliers interessiert ist, gelangt vor dem Landgericht in Kattowitz zum Austrag. Die Anklage richtet sich gegen den Herausgeber und Redakteur des pornographischen Wochenblattes „Nowiny Slonskie" mit der Beilage „Das Freie Wort", Wojciech Marchwicki und weitere Mitangeklagte, wegen Erpressung, verschiedener Betrugsmanöver, Verleumdung u. a. m. Marchwicki wird in zirka 15 Fällen beschuldigt, während die anderen Angeklagten, und zwar Alfred Brandstätter, Wilhelm Nowak und August Walesa in einzelnen Fällen der Mithilfe angeklagt werden. Während Stephan Majer inzwischen verstorben ist, können Franz Binczecki und Eduard Jasinski nicht ermittelt werden. Letzterer soll sich in Deutschland angeblich in Haft befinden. Geladen ist eine Anzahl Zeugen, unter denen sich viele geschädigte Firmeninhaber befinden sollen. Weitere Zeugen wurden noch nachträglich geladen, wogegen ein Teil vor Gericht nicht erschienen ist.

Der Prozeß, welcher schon mehrfach vertagt worden ist, wurde am gestrigen Donnerstag unter Vorsitz des Gerichtsdirektors Dr. Herlinger aufgerollt. Zwei Verteidiger, und zwar die Rechtsanwälte Dr. Zawilski und Zbislawski stehen den Beklagten zur Seite. Vertreter der Anklage ist Staatsanwalt Piechowicz.

Laut Anklageakt wird Marchwicki zur Last gelegt, von bestimmten Firmeninhabern und Hoteliers in den Jahren 1924/25 größere Geldsummen erpreßt zu haben bei Androhung, daß eine Veröffentlichung von Artikeln kompromittierenden Inhalts erfolgen würde. Es sollen Gelder an Marchwicki zur Auszahlung gelangt sein. In einem Falle wurde die ganze Zeitungsauflage für die Summe von 2000 Zloty aufgekauft, da der Betroffene bei Veröffentlichung des Artikels eine erhebliche Einbuße in seinem Lokal zu befürchten gehabt hätte. Die Geldsumme war nach dem Gutachten eines Sachverständigen überdies entschieden zu hoch, da die Gesamtkosten für diese Auflage etwa 600 Zloty zuzüglich 20 Prozent für Redaktionskosten allenfalls betragen haben.

Vielfach sollen ohne Einverständnis der Interessierten Inserate eingesetzt und ersteren nachträglich unter einem gewissen Druck die Rechnung präsentiert worden sein. Hierbei handelte es sich vorwiegend um Inserate im „Expreß Slonki", welcher von einem gewissen Chmielowski herausgegeben wurde, der den Marchwicki als Mitarbeiter engagiert hatte. Ein „frugales" Abendbrot für „nur" 17 Personen wurde in einem Kattowitzer Hotel angeblich von Marchwicki bestellt, welcher verschiedene Gäste eingeladen hatte und angab, daß höhere Beamten daran teilnehmen würden. Die nicht unbedeutende Rechnung erhielt später die Kassiererin W., welche gleichfalls eingeladen wurde zu ihrer nicht geringen Ueberraschung, zugestellt.

Eine gewisse Zeit hindurch betätigte sich Marchwicki als Annoncen-Aquisiteur für das Kustos-Organ. In diesem Falle soll M. einige Male einkassierte Gelder nicht abgeliefert haben.

In einer Eingabe an die Staatsanwaltschaft wurde der frühere Oberwachtmeister T., welcher in dienstlicher Eigenschaft über Marchwicki Erkundigungen einzog, von diesem beschuldigt, nach Anfertigung eines Protokolls in polnischer Sprache, dieses einzelnen Zeugen in deutscher Sprache anders übersetzt zu haben. T. wurde als Intrigant bezeichnet, welcher den M. mit seinem persönlichen Haß verfolge.

Es ist nicht möglich, auf die Einzelfälle, welche den Beklagten in der Anklageschrift zur Last gelegt werden, einzugehen. Ueberdies gilt es, die Aussagen der hauptsächlichsten Zeugen abzuwarten, welche am heutigen Freitag verhört werden sollen.

Aeußerst langwierig gestaltete sich das Verhör der Angeklagten, welche grundsätzlich jede Schuld von sich wiesen. Marchwicki, der sich in keinem Falle als schuldig bekannte, erklärte, den Wahrheitsbeweis hierfür durch Zeugenaussagen erbringen zu wollen.

Vernommen wurden am gestrigen Tage nur einige wenige Zeugen, welche zum Teil belastende Aussagen machten. Zeuge Kustos erklärte, daß einkassierte Annoncengelder für Inserate, welche im „Glos" erschienen, von Marchwicki nicht abgeliefert wurden. Aehnliche Aussagen machte Frau Kustos, welche vorher vernommen wurde. Marchwicki wandte dagegen ein, daß Gelder für gleiche Inserate erhoben wurden, welche im „Expreß Slonski" erschienen. Die Zeugin und frühere Kassiererin des „Expreß Slonski", Edwarda Wolff, bemerkte, es wäre ihr beim Einkassieren von Inseratengeldern des öfteren gesagt worden, daß die fraglichen Inserate gar nicht in Auftrag gegeben worden seien. Marchwicki wurde als Person bezeichnet, welche das Ansehen anderer Leute schädigen solle. Letzterer soll das fragliche Abendbrot für die vielen Gäste bestellt haben.

Der Prozeß wurde bis nachmittags um 4 Uhr fortgeführt und alsdann auf den heutigen Freitag, vormittags um ½9 Uhr vertagt.

Heute dürfte das Urteil in diesem Prozeß, der grelle Schlaglichter auf diese Art Presse, welche Herr Marchwicki repräsentiert, wirft, gesprochen werden. Und erst dann werden wir uns zu ihm kritisch einstellen, denn der Momente, die uns dazu Veranlassung geben, sind in dem Prozeß nicht wenige vorhanden. Schon die Einstellung des hohen Gerichts läßt vieles zu denken übrig.

Keine Auflösung des Myslowitzer Stadtparlaments

Wir stehen vor der Auflösung der beiden Stadtverordnetenversammlungen in Kattowitz und in Königshütte. Neuwahlen werden nicht ausgeschrieben, weil bestimmt eine deutsche Mehrheit herauskommen würde. Man traut den Wählern nicht und glaubt nicht an die Einmütigkeit der polnischen Parteien, die so Vortreffliches hinsichtlich der Zerstörung der Kattowitzer Selbstverwaltung geleistet hat. Daher werden in beiden Städten Kattowitz und Königshütte die kommissarischen Stadträte eingesetzt, die ihre durch die letzte Kommunalwahl unterbrochene Vetternwirtschaft in Kattowitz fortsetzen kann.

Das Myslowitzer Stadtparlament soll das Los der beiden erstgenannten Versammlungen nicht teilen. In der Myslowitzer Versammlung haben die Deutschen keine Mehrheit und eine eventuelle Neuwahl wird bestimmt für die Polen kein günstiges Ergebnis zeitigen. Der letzte kommissarische Stadtrat in Myslowitz hat den Stadtkarren ganz in den Sumpf geschoben. Der Kampf, den er mit dem Bürgermeister Dr. Radwanski führte, kostete die Stadt sehr viel und die ganze Stadtverwaltung geriet in derartige Unordnung, daß man daran verzweifeln konnte. Der Weiterbau der Viehzentrale geriet dadurch in Stockung und der Parteikampf wurde selbst unter die Magistratsbeamten hineingetragen. Wäre die Wahl des neuen Stadtparlaments weiter verschoben worden, dann hätte der kommissarische Stadtrat die Stadt finanziell ruiniert.

In der neugewählten Stadtverordnetenversammlung ist sofort ein heftiger Kampf zwischen dem P. P. S.-Ratsklub und Dr. Kos entbrannt, der letzten Endes zum Verlassen der Stadtverordnetenversammlung durch die P. P. S. führte. Nachdem der Einfluß der P. P. S. in der Wojewodschaft groß ist, und die Partei die Auflösung der Versammlung verlangte, tauchte das Gerücht auf, daß auch das Myslowitzer Stadtparlament aufgelöst wird. Nach unseren Informationen soll das nicht der Fall sein, vielmehr ist mit der Mandatsentziehung des Dr. Kos zu rechnen, was die Rückkehr der P. P. S. in die Versammlung ermöglichen wird. Dr. Kos ist kein Deutscher und sein Vorgehen gegen die P. P. S. kann nicht als eine Provokation der Deutschen hingestellt werden. Die Beseitigung Dr. Kos aus der Versammlung soll aber dadurch möglich geworden sein, daß er angeblich ein Mitglied des P. P. S.-Ratsklubs „bestechen" wollte.

Gegen die Taktik des sozialistischen Ratsklubs im Myslowitzer Stadtparlament haben sich alle übrigen polnischen Ratsklubs erklärt. Ein polnischer Stadtverordneter schreibt darüber in der „Polonia" vom 21. d. Mts., „daß die Angriffe der P. P. S. auf das Myslowitzer Stadtparlament eine Einbildung von seiten einzelner P. P. S.-Stadtverordneten ist und daß nach dem Verlassen der Versammlung durch die P. P. S. die Arbeit der Versammlung in wirtschaftlicher Hinsicht große Fortschritte gemacht hat". Mit dem P. P. S.-Ratsklub ist nach diesem Stadtverordneten das nationale Moment aus dem Myslowitzer Parlament verschwunden und man widmet sich den wirtschaftlichen Fragen, die im Interesse der Stadt erledigt werden. Das Bedauerliche an der ganzen Sache ist es, daß der nationalistische Kampf im Myslowitzer Stadtparlament die Interessen der ärmeren Bürger, der Arbeiter nämlich, ganz in den Hintergrund geschoben hat, daß wir wiederholt Gelegenheit hatten, an anderer Stelle darauf hinzuweisen. — Das Myslowitzer Parlament, in welchem die Deutschen in der Minderheit sind, wird nicht aufgelöst, weil seine Auflösung die polnische Verwaltung in ein schiefes Licht rücken würde.

Die Vorbereitung des polnischen Volksschullehrers.

Im Jahre 1922/23 zählte Polen insgesamt 57 627 Volksschullehrer. Seit dieser Zeit stieg die Zahl der Volksschullehrer um 5920 und betrug in dem Schuljahre 1926/27 insgesamt 63 547. Im Jahre 1923/24 betrug die Zahl der Lehrerinnen 35 583 oder 60 Prozent von der Gesamtzahl der Volksschullehrer. Im Jahre 1926 ist die Zahl der männlichen Volksschullehrer von 25 859 auf 28 243 gestiegen, während die Zahl der weiblichen Lehrer unverändert geblieben ist.

In dem Schuljahre 1922/23 waren insgesamt 34 664 oder 60 Prozent qualifizierte Lehrkräfte, während die Zahl der vorläufig qualifizierten und nichtqualifizierten Lehrkräfte 22 963 oder 39,8 Prozent ausmachte. Im Jahre 1926/27 ist hier eine Besserung zu verzeichnen. Die Zahl der qualifizierten Lehrer betrug 54 968 oder 86,5 Prozent und die Zahl der nichtqualifizierten 8579 oder 13,5 Prozent. Die größte Zahl der nichtqualifizierten Lehrkräfte weisen die Ost-Wojewodschaften, nämlich 41,2 Prozent auf, dann folgen die Zentralwojewodschaften mit 16,6 Prozent nichtqualifizierten Volksschullehrern und die Westwojewodschaften, darunter auch Ost-Oberschlesien, mit 9 Prozent nichtqualifizierten Volksschullehrern. Diese Zahlen weisen zwar eine Besserung auf, doch befinden sich unter den qualifizierten Lehrern sehr viele ganz junge Mädchen und Herren, die eben die Schulbank verlassen haben, die noch lange nicht als vollwertige Lehrkräfte gelten können.

Eine deutsche Interpellation in Warschau

Der deutsche Sejm-Abgeordnete Piesch hat an den Ministerpräsidenten und den Unterrichtsminister in Warschau eine Interpellation in Angelegenheit der Schikane gegen deutsche Schulen im Teschener Teil der Wojewodschaft Schlesien gerichtet; die Interpellation wendet sich vor allem gegen die Versuche amtlicher Funktionäre, Staatsbeamte deutscher Nationalität zu veranlassen, ihre Kinder in die polnischen Schulen zu schicken und ferner gegen die Tätigkeit der Schulbeschreibungskommission und die schikanöse Versetzung von Staatsbeamten deutscher Nationalität wie überhaupt gegen alle gegen das deutsche Schulwesen in Teschen-Schlesien gerichteten Maßnahmen. Zum Schluß stellt die Interpellation die Frage, ob den Ministern die geschilderten Zustände bekannt sind und ob die Regierung geneigt sei, Entsprechendes zur Verhinderung solcher ungesetzlicher Maßnahmen zu veranlassen.

Kattowitz und Umgebung

Vorzeichen für die Auflösung des Stadtparlaments

Als Vorzeichen für die baldige Auflösung der Stadtverordneten-Versammlung in Kattowitz ist eine Verordnung der Wojewodschaft an den Magistrat anzusehen, nach der vorläufig keinerlei Kommissionssitzungen einzuberufen sind, bevor nicht die Entscheidung über die Auflösung gefallen ist.

Deutsche Theatergemeinde Kattowitz. Wir weisen besonders darauf hin, daß heute Abend ½8 Uhr, im hiesigen Stadttheater der Cembola-Abend Alice Ehlers, der ausschließlich der Kunst alter Meister gewidmet ist, stattfindet. Für Schüler werden Karten zu ermäßigten Preisen verausgabt. Eintrittskarten an der Abendkasse von ½6 Uhr ab. Wir machen alle Musikinteressenten auf das Konzertabonnement aufmerksam und bitten um baldige Zeichnung, da das erste Konzert, Erika Morin, bereits am 3. Oktober

stattfindet. Die **Konzertabonnements werden in der Johannesstraße 10 (Erholung), 2. Etage, Zimmer 14, in der Zeit von 10—½2 Uhr und von 3—5 Uhr entgegen genommen.**

Gaukonzert der Freien Sänger. In dem Sonntag Abend 8 Uhr im Stadttheater stattfindenden Konzert der deutschen Arbeitersänger des Gaues Oberschlesien werden in reicher Abwechselung Massenchöre, Gruppen-Männerchöre enthalten, darunter „Brüder, reicht die Hand zum Bunde" und „Die Himmel rühmen". Der Gruppenchor Kattowitz-Königshütte wird zu Gehör bringen „Mozart, Spielmanns Ständchen". Weber, „Es blinken so lustig die Sterne". Schumann, „Es zog eine Hochzeit den Berg entlang". R. Wagner, „Wach auf". — **Vorverkauf an der Theaterkasse, auch Sonntag von 11—1 Uhr und abends von ½7 Uhr an.**

Angeschossen. Auf den Feldern bei Zalenze, in der Nähe der Kleophasgrube schoß der Nachtwächter Prochatta einen gewissen Bronislaw Schatka an, den er beim Diebstahl erwischte und der auf seinen Anruf nicht stehen blieb. Schatka wurde ins Kattowitzer städtische Krankenhaus eingeliefert.

Fahraddiebstähle. Paul Stonzyk aus Rosdzin wurde in dem Augenblick verhaftet, als er auf der Grundmannstraße ein Fahrrad, welches dem Arbeiter Schulz aus Nikolai gehörte, stehlen wollte. Mehr Glück hatte der Spitzbube, der ein Fahrrad dem Paul Huda aus Kattowitz auf der Schloßstraße stahl. Ihn hat man bis heute noch nicht. In beiden Fällen waren die Fahrräder unbeaufsichtigt.

Königshütte und Umgebung

Deutsches Theater Königshütte. Für das Schauspiel-Abonnement sind folgende Werke vorgesehen: Schiller: „Wallenstein" an zwei Abenden. Kleist: „Prinz von Homburg". Hauptmann: „Versunkene Glocke" oder „Biberpelz". Sudermann: „Johannisfeuer". Kaiser: „Brand im Opernhaus". Shaw: „Die heilige Johanna". Alfred Neumann: „Der Patriot". Jules Romains: „Der Diktator". Hasenclever: „Ein besserer Herr." Bruno Frank: „Zwölftausend." Wer sich einen bestimmten Platz sichern will, zeichne das Abonnement. Das Theaterbüro ist von 10—13 Uhr täglich geöffnet. — Telephon 150.

Von der Straßenbahn überfahren. An der Ecke der Beuthener- und Kronprinzenstraße wurde die 65 Jahre alte Frau Maria Kopka von der Straßenbahn angefahren und dabei bedenklich verletzt, so daß ihre Ueberführung nach dem städtischen Krankenhaus erfolgen mußte.

Autounfälle. Gestern wurde eine gewisse P. von der Beuthener Straße von einem Personenwagen angefahren und zu Boden geschleudert. Zum Glück hat die P. keine schlimmen Verletzungen davongetragen. Der schuldige Chauffeur wurde wegen Körperverletzung und Ueberschreitung der vorgeschriebenen Geschwindigkeit zur Anzeige gebracht. — Nicht so glimpflich kam ein Mann aus Bismarckhütte davon, der gestern, vormittag 10 Uhr, an der Anhöhe der Germaniabrücke, als er von einem Lastauto, dessen Bremse plötzlich versagte, absprang und unglücklicherweise unter die Räder geriet. Der Verletzte wurde in das städtische Krankenhaus geschafft.

Eine Freundin. Eine Gertruda Dalka, die sich in Königshütte obdachlos umhertreibt, fand vor kurzem gastliche Aufnahme bei ihrer Freundin Suchanka, die ul. 3-go Maja 96 wohnt. Als die S. die Wohnung verließ, eignete sich der Gast mehrere Garderobenstücke an und verließ schleunigst die Wohnung. Außerdem vergaß er nicht, ein Handtäschchen, in dem sich einige Dokumente, darunter die Verkehrskarte befanden, mitzunehmen. Die gute Freundin konnte jedoch bald darauf von der Polizei festgenommen werden. Im Gerichtsgefängnis kann sie nun vorläufig weiter über Dankbarkeit nachdenken.

Helft den Blinden. Der Blindenverein der Wojewodschaft Schlesien, mit dem Sitz in Königshütte, hat am 1. Juli 1925 eine Sterbekasse ins Leben gerufen, um in Todesfällen den Hinterbliebenen seiner Mitglieder mit einer Begräbnisbeihilfe Beistand zu leisten. Da von den Blinden erklärlicherweise nur ein sehr geringer Monatsbeitrag zu dieser Kasse erhoben werden kann, werden diejenigen unserer sehenden Mitbürger, welche noch ein Herz und Mitgefühl für die des Augenlichts Beraubten übrig haben, herzlichst um einen Beitrag zu der Kasse gebeten. Einzahlungen nimmt die Stadtsparkasse in Krol. Huta (Sparbuch Nr. 493) entgegen. — Ferner unterhält der Blindenverein im städtischen Dienstgebäude an der ul. Glowackiego 5 eine Werkstatt, in welcher arbeitslose und mittellose blinde Stuhlflechter, Korbmacher und Bürstenmacher beschäftigt werden. Er kann dieser schönen und dankenswerten Aufgabe aber nur dann voll gerecht werden, wenn seitens der Bürgerschaft recht viel Arbeitsaufträge beim Verein eingehen. Der Verein bittet daher, ihn in seinen sozialen Bestrebungen dadurch zu unterstützen, daß ihm reparaturbedürftige Stühle und Körbe aller Art zur Reparatur zugewiesen werden. Ebenso werden auch Aufträge auf neue Korbwaren und Bürsten entgegengenommen, desgleichen Aufträge auf Stimmen und Reparatur von Klavieren. Helft den Bedauernswertesten unserer Mitbürger zu Verdienst und Ablenkung!

Siemianowitz

Tragödie eines Arbeitslosen. In der Nähe des Ficinusschachtes wurde der Arbeitslose Ernst Kossa erhängt aufgefunden. Kossa war seit Jahren bereits arbeitslos und aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte dies auch die Ursache zu diesem verzweifelten Schritt gewesen sein.

Der altkatholische Diakon. Zu der unter vorstehender Ueberschrift gebrachten Notiz schreibt uns Herr Kostorz wörtlich: Sehr erstaunt über die heutige Nummer Ihres geschätzten Blattes, wo Sie den Artikel „Der altkatholische Diakon" geschildert hatten. Ich bitte Sie nun ergebenst um Berichtigung dessen, da in dem genannten bloß das eine wahr ist, daß ich wegen Verleumdung der Polizei zu 200 Zloty Geldstrafe verurteilt wurde. Natürlich habe ich Berufung eingelegt. Es ist nicht wahr, daß ich mich als Diakon ausgebe, wahr ist es, daß ich als geweihter Diakon bei der altkatholischen bischöflichen Admis. in Kattowitz angestellt bin. Es ist nicht wahr, daß ich Selbstmordversuch verübt hatte, denn dazu habe ich keine Gründe. Auch war davon in der Gerichtsverhandlung kein Wort erwähnt. Es ist nicht wahr, daß die Polizei einschreiten mußte, wahr ist es, daß die Polizei in solchen Angelegenheiten meine Türschwelle noch nicht im Leben übertreten hatte. Wahrheit gemäß Kostorz, Diakon, Siemianowice, ul. Koscielna 1. 5.

Myslowitz

Kommunales aus Myslowitz

Nicht länger als eine Stunde dauerte die gestern stattgefundene öffentliche Sitzung des Myslowitzer Stadtparlaments, trotzdem die Tagesordnung 17 Punkte verzeichnete und außerdem nicht weniger als 8 Dringlichkeitsanträge eingelaufen sind. Die PPS.-Fraktion war auch in dieser Sitzung nicht zugegen, es fällt ihr halt schwer, sich mit dem Stadtverordneten Koß auszusehnen. Aber seien wir darüber nicht mißgestimmt, auch hier kommt die Freundschaft wieder und wird eines schönen Tages zu einem „Dobrane Małżenstwo". An diese kleinen Verstimmungen sind wir ja zur Genüge gewöhnt, aber auch an die Małżenstwas, und was in Königshütte möglich war, dürfte in Myslowitz nicht unmöglich erscheinen.

Nach der Bekanntgabe verschiedener Mitteilungen durch den Stadtverordnetenvorsteher wurde zu dem Bau eines städtischen Wohnhauses auf der ulica Rymera Stellung genommen. Dieser Punkt wurde schnell erledigt. Dann wurden für die Instandsetzung der Kachelöfen im Rathause 400 Zloty bewilligt.

Nach Wahl einer Prüfungskommission für den Zentralviehhof und Aufhebung der Verordnung über Gebührensätze für krankes Vieh im Viehhof brachte die Vorlage: Bestätigung eines Nachtrages für die gewerbliche Fortbildungsschule eine lebhafte Aussprache. Einzelne Stadtverordneten der polnischen Fraktion wandten sich dagegen, daß auch Arbeiter bis zum 18. Lebensjahre diese Fortbildungsschule besuchen müssen. Die Opposition gegen diese von der Wojewodschaft angeordnete Bestimmung führte schließlich dazu, daß das Statut trotz zweimaliger Abstimmung und trotz des dringenden Hinweises des Dr. Kudera auf notwendige Annahme mit 12:9 Stimmen abgelehnt wurde. Besser erging es dem Nachtrage für das Statut für die kaufmännische Schule, obwohl auch hier einzelne Stadtverordnete auf dem Standpunkt standen, daß der Lehrling nicht in die Schule sondern in die Lehrstelle gehöre. Doch sprachen sich 13:8 Stadtverordnete für den Magistratsantrag aus.

Der Wahl verschiedener Bezirksvorsteher und deren Stellvertreter folgte die Bewilligung einer Subvention von 28 000 Zloty für das städtische humanistische Gymnasium. Dem Beitritt in den polnischen Flottenverein, Ortsgruppe Myslowitz, wurde mit einem Monatsbeitrag von 100 Zloty zugestimmt.

Nach Genehmigung einer Anerkennungsgebühr im Betrage von 25 Zloty für eine Wiese, auf der die Stadt Rohre lagert, wurden in öffentlicher Sitzung eine Anzahl Dringlichkeitsanträge erledigt. Eine längere Aussprache entwickelte sich bei der Magistratsvorlage auf Abtragung der Halden in Städtisch-Janow, um den dort errichteten 40 Wohnungen freies Gelände zu geben. Schließlich einigte man sich aber auf die Magistratsvorlage, um den Arbeitslosen der Stadt eine Beschäftigung geben zu können.

Nach Bewilligung einer Beihilfe von 2000 Zloty für die Anlage einer Zentralheizung im Josefsstift gab es von polnischer Seite einen lebhaften Protest, als die Mehrzahl der Versammelten sich für den Stadtverordneten Koß als Delegierten zum Städtetag in Posen aussprach. Die Kampfesstimmung fand dadurch ein Ende, daß Stadtverordneter Koß die Wahl ablehnte. Darauf wurden die Stadtverordneten Muschalla und Kruppa bestimmt. — Es folgte eine geheime Sitzung in der u. a. erörtert wurde: der Fall Knappik, Erhöhung der Löhne für die Arbeiter auf dem Viehhof und Ermäßigung des Preises für elektrisches Licht ab 1. Oktober.

Veränderungen auf dem Wochenmarkt. Der Myslowitzer Magistrat ist ein Zauberkünstler. Er sorgt nicht für den Ausbau des neuen Wochenmarktes, insbesondere um die Beseitigung der darauf befindlichen baufälligen Häuser und doch will er das Aussehen der Stadt an Wochenmarkttagen sehr nett gestalten. Bekanntlich werden jetzt die Wochenmärkte durch zahlreiche Gemüse- und Obstbauern besucht, die der Reihe nach bis zu der Grube mit ihrem Gefährt standen. Das war allerdings nicht schön gewesen, doch hemmte das den Verkehr nicht, weil die Beuthener Straße recht breit ist. Vielmehr war das für die Einkäufer aus Piosek sehr bequem, weil sie nicht weit zum Schleppen hatten. Nun hat der Magistrat den Gemüsebauern den Garaus gemacht und schob sie alle in die Seitengassen bis an die Schwarze Przemsa hin. Die Bauern klagen und fluchen, aber das hilft ihnen nichts — der Magistrat hat's befohlen. Anstatt den Misthaufen und die baufälligen Häuser von dem neuen Markt zu beseitigen und dort Platz für die Markthändler zu schaffen, schiebt man einen Teil des Wochenmarktes bis an die Schwarze Przemsa und versperrt damit alle Seitengassen und schädigt die Händler.

Pleß und Umgebung

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt des Kreises Pleß. Wider Erwarten haben die Kohlengruben in den letzten Tagen keinerlei weitere Arbeitseinstellungen vorgenommen. Diese Zurückhaltung dürfte mit den angestrebten Preiserhöhungen im Zusammenhange stehen. Auf dem Baumarkte werden immer noch neue Erwerbslose angefordert, da man bei den verschiedenen Bauten, günstiges Wetter vorausgesetzt, in diesem Jahre noch ein tüchtiges Stück vorwärts zu kommen hofft. Besonders in und um Nikolai dürfte in den nächsten Tagen eine erhebliche Anzahl von Arbeitslosen Beschäftigung finden, wenn die vom Wojewodschaftsamt projektierten 10 Arbeiterhäuser in Bau gegeben werden. Diese Arbeiten müssen sofort aufgenommen werden, da die Häuser nach Möglichkeit noch in diesem Jahre bezugsfähig werden sollen. Aehnlich wie im Kohlenbergbau liegen die Verhältnisse auch im Hüttenwesen und in der Holzindustrie. Man kann auch hier sagen, die Arbeitslosenbewegung steht, es erfolgen zwar vorderhand keine Entlassungen, aber auch keine Neueinstellungen. Gegenwärtig sind immer noch 3557 Arbeitskräfte brotlos. Hiervon sind etwa 5 Prozent Mädchen und Frauen. Eine entscheidende Wendung kann im Kreise Pleß nur durch Masseneinstellungen im Kohlenbergbau herbeigeführt werden. Trifft diese Wendung aber nicht bald ein, so beginnen die anderen Industriezweige, wie die Erfahrung lehrt, auf den Winter zu mit ihren Entlassungen.

Sportliches

Entscheidungskampf um die polnische Fußballmeisterschaft.

1. F. C. Kattowitz — Wisla Krakau.

Der kommende Sonntag bringt im oberschlesischen Fußballsport ein Ereignis, das nicht nur in der ganzen polnischen Sportwelt dem größten Interesse begegnet. Wisla Krakau und der 1. F. C. Kattowitz, die führenden Mannschaften im Kampf um die Landesmeisterschaft von Polen, messen am 25. September, nachmittags 3½ Uhr, auf dem 1. F. C.-Platz ihre Kräfte. Der Ausgang des Spieles wird entscheiden, welcher der beiden Vereine

Börsenkurse vom 23. 9. 1927

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich	=	8.95 zł
		frei	=	8.96 zł
Berlin	100 zł		=	46.83 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.		=	213.50 zł
	1 Dollar		=	8.95 zł
	100 zł		=	46.83 Rmk.

auf den Titel „Landesmeister von Polen" Anspruch erheben darf. Die beiden Vereine werden sich voraussichtlich in folgender Aufstellung gegenüberstehen:

1. F. C.: Görlitz 2, Pohl, Heidenreich, Bischoff, Wieczorek, Wylezol, Kosok 1, Geisler, Görlitz 1, Kosok 2, Joschke.

Wisla: Folgar, Skrzynkowiec, Pychowski, Makowski, Kotlarczyk, Bajorek, Adamek, Czulak, Reimann 1, Reimann 3, Balzer.

Die Leistungen und das Können des 1. F. C. sind hinreichend bekannt. Vom Torhüter bis zu den Außenstürmern ist jeder Mann der kommenden Aufgabe gewachsen.

Die Wysla, die in nationalen Kreisen großes Vertrauen genießt, ist zur Zeit die beste Mannschaft Polens. Sie errang Torergebnisse bis 15 : 0! Folgar, der Torhüter, ist beste Klasse. Skrzynkowiec und Pychowski sind Verteidiger von gutem Stellungsvermögen und befreiendem Schlag. Vor ihnen ist eine seit Jahren zusammenarbeitende Läuferreihe. Die beste Waffe hat die Wisla im Sturm. 100-Meter-Rekordläufer wie Balzer und Adamek erfordern größte Aufmerksamkeit der gegnerischen Außenläufer. Beide verstehen Flanken schußgerecht vorzulegen. Im Innensturm ist es der mit allen Wassern gewaschene Reimann, dessen unheimlich scharfer und plazierter Schuß in Polen seinesgleichen sucht. Es ist sehr schwer, für diesen Kampf einer oder der anderen Mannschaft den Vorzug zu geben. Man kann sich lediglich auf das Gefühl verlassen. Die Wisla hat insofern einen Nachteil, weil sie sich auf dem mangelhaften Grasteppich der Kattowitzer nie wohl gefühlt hat, doch muß man immer bedenken, daß der vorzügliche Wisla-Sturm das diesmal kaum als Hindernis gelten lassen wird. Zu wünschen bleibt, daß Polens bester Schiedsrichter, Hanke-Lodz, der für dieses Spiel angesagt ist, keine Absage erteilt. Er ist der Mann, der sich nur von einem Gerechtigkeitsgefühl leiten läßt und danach auch seine Entscheidungen trifft.

Da mit weit über 10 000 Zuschauern gerechnet wird, empfiehlt es sich, Karten im Vorverkauf: Sportgeschäft Friemel, Direktionsstraße, bezw. „Sport", Sedanstraße, oder Geschäftsstelle des 1. F. C., Zentralhotel, Zimmer 23, zu beschaffen.

Freie Turner Kattowitz — Vorwärts Kattowitz.

Vor dem Meisterschaftsspiel 1. F. C. — Wisla, begegnen sich um ½3 Uhr nachm. (1. F. C.-Platz) zum Retourspiel im Handball obige Gegner. Wie bekannt, endete das letzte Spiel torlos und man kann gespannt sein, welche Stürmerreihe sich als die bessere erweisen wird, diese Mannschaft wird wohl auch den Sieg davontragen. Nur durch seine bessere Läuferreihe könnte Vorwärts den Sieg für sich entscheiden. Die Freien Turner können dem ihren Eifer sowie ihr „Tempo" entgegensetzen. Aus diesem Spiel wird man ersehen können, ob sich der Meister Vorwärts weiter behaupten können wird. Am Sonntag kann man also zwei Meisterschaftsspiele sehen, ein direktes (1. F. C. — Wisla) und ein indirektes (das obige).

Freie Turner Königshütte — Freie Turner Kattowitz komb.

Auf dem Naprzod-Platz begegnen sich zu einem Handballspiel um 12 Uhr mittags obige Gegner. Nach langer Zeit messen sich wieder die beiden Vereine in einem Freundschaftsspiel, und daß es einen schönen und flotten Kampf geben wird, geht daraus hervor, daß sich die Königshütter sowie die Kattowitzer Freien Turner ihr Prestige wahren werden wollen.

Deutsch-Oberschlesien

Staatliche Maßnahmen gegen die Unwetterschäden in Schlesien

Auf verschiedene Anfragen im Landtag wegen Hilfeleistung für die durch die Unwetter- und Hochwasserkatastrophen betroffenen Provinzen Nieder- und Oberschlesien hat der Minister des Innern erwidert, er habe anläßlich der in der Provinz Niederschlesien niedergegangenen Unwetter im Einvernehmen mit dem Finanzminister staatliche Notstandsaktionen eingeleitet und mit ihrer Durchführung die Regierungspräsidenten in Liegnitz und Breslau beauftragt.

An staatlichen Beihilfen zur Linderung der ersten Not wurden bisher den Kreisen Lauban, Bunzlau und Löwenberg 59 300 Mark, dem Kreis Hirschberg 50 000 Mark, und dem Kreis Guhrau 34 000 Mark gewährt. Der Kreis Hirschberg hat außerdem aus Reichsmitteln noch 30 000 Mark erhalten. Weitere Beträge werden, soweit notwendig, bereitgestellt werden.

Aus Anlaß der Juniunwetter in Oberschlesien wurden für die besonders geschädigten Kreise Groß-Strehlitz und Cosel staatliche Notstandsaktionen eingeleitet, in deren Bahnen seitens des Staates zunächst 125 000 Mark als Darlehen für die Geschädigten zur Verfügung gestellt wurden. Verhandlungen mit der Provinz Oberschlesien und den beiden Landkreisen über deren Beteiligung an der Notstandsaktion sind eingeleitet.

Beuthen. (Auf dem Schlachtfelde der Arbeit.) Auf der Heinitzgrube wurde der Häuer Simon Schulla durch herabstürzendes Gestein getroffen, und er erlitt schwere Kopfverwundungen und innere Verletzungen. — Auf der Hohenzollerngrube verunglückte der Schlepper Paul Buba aus Schomberg. Er zog sich schwere Kopfverletzungen zu. — Der Häuer Joseph Schmietainski erlitt auf der Karstenzentrumgrube Verletzungen am rechten Bein. Auf der gleichen Anlage wurden der Häuer Peter Frontzelt aus Polnisch-Oberschlesien und der Häuer Vinzent Golletz aus Karf am linken Fuß verletzt. — Der Bergmann August Dziuk stürzte bei seiner Arbeit auf der Hohenzollerngrube so unglücklich, daß er sich Beinverletzungen zuzog. — Sämtliche Verunglückten fanden Aufnahme im Beuthener Knappschaftslazarett.

Gleiwitz. (Opfer einer Messerstecherei.) Am 21. September 1927 wurde der Grubenarbeiter Alois Magiera aus Ostroppa auf der Kirchstraße in Ostroppa von dem Arbeiter Wilhelm Otzek aus Ostroppa erstochen. Der Täter wurde festgenommen und in das Polizeigefängnis in Gleiwitz eingeliefert. Die polizeilichen Ermittelungen sind noch nicht abgeschlossen, jedoch dürften vorangegangene Streitigkeiten zwischen dem Täter und dem Opfer das Motiv zur Tat gewesen sein.

Die Krise des Völkerbundes

Die Aufgaben der Internationale

Noch ist man in Genf versammelt. Man wird noch längere Zeit zusammenbleiben, in den Plenarsitzungen und in den Kommissionen. Man wird reden — und reden. Aber die Hauptattraktion ist vorüber, und es läßt sich eine vorläufige Bilanz dieser Herbsttagung ziehen: die Primadonnen des Völkerbundrates haben gesprochen, Stresemann, Briand, Chamberlain. Sie redeten verschiedene Sprachen; verschiedene Temperamente und verschiedene Interssenrichtungen bestimmten Tonfall, Rhetorik und Inhalt ihrer Reden. Ueber eines aber waren sich alle einig: über die Größe und Erhabenheit des Völkerbundes, der es ermöglicht, vom Frieden zu reden und — — den Krieg vorzubereiten.

Die tönenden Reden in Genf haben nicht länger zu verschleiern vermocht, daß sich der Völkerbund zweifellos in einer Krise befindet. Und zwar handelt es sich hier um eine Krise, die nicht ungefähr kommt. Mit der Tatsache der reaktionären Regierungen in London, Paris, Berlin ist diese Erscheinung nicht hinreichend erklärt, sondern die jetzt vor sich gehende Veränderung der wirtschaftlichen Lage Europas scheint die Hauptursache zu sein.

In der Zeit der Beendigung des Weltkrieges befand Europa sich in einem Zustand ökonomischer und politischer Depression. Eine Zeit aber, deren Grundlagen so beschaffen sind, ist der Entwicklung pazifistischer Ideen besonders förderlich. Dafür gibt es in der modernen Staatengeschichte eine Fülle von Anhaltspunkten und Analogien. Die zeitweilige Gewaltpolitik Poincarees ist keine Widerlegung dieser Erfahrung. Im Friedensvertrag von Versailles, der einerseits die aberwitzige Zerstückelung Europas brachte, sind andererseits insgesamt jene Elemente vorhanden, auf denen der kapitalistische Pazifismus der letzten Jahre beruht: der Völkerbund und das Internationale Arbeitsamt, die Abrüstungs- und Weltwirtschaftskonferenzen; nach der Auffassung der Ententemächte stimmen sogar das Dawesabkommen und der Pakt von Locarno mit dem Vertrage von Versailles vollkommen überein. Diese absolute Zwiespältigkeit entspricht durchaus dem Wesen und den Methoden kapitalistischer Regierungen. Sie mahnt gerade uns Sozialisten, jenen widerspruchsvollen Vorgängen, die Auswirkungen des Kapitalismus sind, vorsichtig, kritisch, nüchtern gegenüberzutreten. Gewiß, hinter der stärkeren Betonung des Friedens stehen insbesondere auch die Völker selbst — zwischen den Völkern erheben sich aber bis jetzt noch trennend und Konflikte schürend die kapitalistischen Regierungen, die im Sinne des Friedens reden und für den nächsten Krieg rüsten.

*

In jüngster Zet liegen zahlreiche Anzeichen dafür vor, daß Europa sich aus dem Zustand der ökonomischen Depression herauszuentwickeln beginnt: das Heer der Arbeitslosen hat sich schnell vermindert, die Produktionsziffern steigen, der Handel nimmt zu, die Währungen haben sich gefestigt. Das sind wenige, aber wichtige Beispiele. Niemand vermag vorauszusehen, welche Tragfähigkeit und Dauer diese beginnende Prosperität haben wird. Sie ist zunächst in der Entwicklung begriffen, und sie hat zweifellos nicht nur wirtschaftliche, sondern auch erhebliche politische Bedeutung: von dem Wirtschaftsbarometer, dem Auf und Ab der Prosperität und Depression lassen sich für längere Perioden auch die Kursrichtung der großen Politik der Weltmächte ablesen. In der Periode der Depression sind die Chancen des Friedens aussichtsreicher als in den Phasen der Prosperität. Die Herbstverhandlungen in Genf waren eine vollkommene Illustration dieser Auffassung: die Tagung stand im Zeichen des Rücktritts von Jouvenel und Lord Robert Cecil, die kleinen Mächte führten bewegte und erregte Klage über die rücksichtslose Machtpolitik der Großmächte, die holländische und die polnische Entschließung legen Zeugnis ab von dem Grad der in Europa herrschenden Kriegsgefahr. Der lettische Außenminister Zeelens, der einzige Redner, der den Mut zu freimütiger Rede aufbrachte, kennzeichnete klar den ökonomisch-politischen Situationswandel: man spricht nicht mehr wie vor drei Jahren allen Ernstes von Schiedsgerichten und von Abrüstung, sondern von Rohstoffen, von Baumwolle, von Erdöl, von Absatzmärkten und von Einflußsphären. Zeelens rechnete den Herrschaften in Genf auf Heller und Pfennig vor, daß die Rüstungsausgaben Europas wieder die Höhe von 1913 erreicht haben.

So scheint der kapitalistische Pazifismus, der vor zwei, drei Jahren noch kräftigen Pulsschlag besaß, mit der zunehmenden wirtschaftlichen Besserung an Bedeutung und Wert zu verlieren; es ist sogar möglich, daß er eine längere Unterbrechung erfährt. Denn auch der Pazifismus ist für den Kapitalismus eine geschäftliche Angelegenheit, eine kalte Rechnung — in Zeiten des Niedergangs — versteht sich. Da ist die auswärtige Politik unter Umständen ein Mittel, Erleichterungen zu verschaffen, eine Erholungspause sicherzustellen. Aber der Kapitalismus ist kurzsichtig, vergeßlich, schnellebig. Immer regiert der Profit der Stunde. Guter Wirtschaftsgang, aufnahmefähiger innerer Markt, Ausdehnung des Weltmarktes lassen den Pazifismus zu einem Luxusartikel werden, der nicht mehr ernsthafter Faktor der Politik ist. Die jeweiligen bürgerlichen Regierungen sind ja nur der Reflex der wirtschaftlichen Machtstellung der Bougeoisie eines jeden Landes. Die Außenminister in Genf oder sonstwo auf einer Konferenz sind lediglich die Sprachrohre der jeweiligen Interessen — Ideen und Gefühlsrichtungen derjenigen Bourgeoisie, die sie „gerade zu vertreten die Ehre haben".

*

Betrachtet man die Dinge so in ihrer ökonomischen Ursächlichkeit, dann wird der Niedergang des Völkerbundes während der letzten zwei Jahre noch klarer. Für die veränderte Situation ist höchst charakteristisch, daß jetzt selbst die treu ergebenen Völkerbundsjournalisten anfangen, skeptisch, kritisch zu werden. Sie drehen und deuteln, ganz im Gegensatz zu der früheren Uebung, an der rhetorischen Leistung Briands, die zwar von blendender Schönheit, aber auch von gähnender Leere war: die Leistung eines geübten Zauberers, eines indischen Schlangenbeschwörers, die mit der Macht des Wortes den Aufruhr im Keime erstickt. Das ist die Situation in Genf, und in Locarno, dem anderen Mekka der europäischen Wald- und Wiesenpazifisten, ist es eher schlechter denn besser. Wenn man heute die feierlichen Protokolle von Locarno zur Hand nimmt und vergleicht die Wirklichkeit von 1927 mit ihnen, so mutet das Ganze wie eine Blasphemie an. Nach zwei Jahren der erste Erfolg: Verminderung der Rheinlandbesetzung um 10 000 Mann. Auf der anderen Seite der Krach mit Polen, die Unmöglichkeit, den Konflikt zu lösen. Daß Locarno kein gesamteuropäischer Friedensvertrag, sondern nur eine vorläufige Sicherung Westeuropas ist, während der Osten um so kriegsschwangerer ist — das klargestellt zu haben, ist das einzige Verdienst des Locarnopaktes.

Der Kern des Uebels für Genf sowohl wie für Locarno ist das vollständige Scheitern aller bisherigen Abrüstungsbemühungen. Es gibt allerdings auch da noch seltsame Optimisten. So Paul Boncour, der trotz Aufrüstung an Abrüstung glaubt. So Emile Vandervelde, der einen Fortschritt darin erblickt, daß jetzt endlich das Abrüstungsproblem klar erkannt sei. Ob wir wohl weiter kommen werden, wenn die ordentliche Abrüstungskonferenz doch noch zustande kommen sollte? Wenn abermals Militärs, Diplomaten und Politiker zur Beratung zusammentreten? Nicht ganz so optimistisch wie Boncour und Vandervelde ist Macdonald. Er sieht die Möglichkeit des Fortschreitens darin, wenn sich die Politiker ganz der Sache annehmen und die Abrüstung als eine Teilfrage der Außenpolitik behandeln:

„Es handelt sich nicht um Abrüstung, es handelt sich nicht um Schiedsverträge zwischen den einzelnen Nationen, es handelt sich vielmehr um allgemeine Abkommen zwischen den Völkern auf der Grundlage des Protokolls von 1924."

Also: Rückkehr zum Genfer Protokoll. Macdonald meint weiter, daß es möglich sei, der Kriegsgefahr zu begegnen, wenn der Angreifer in Acht und Bann getan, die Unterwerfung unter das Schiedsgericht zum Zwange wird. Ist diese Sicherheit erreicht, dann sind sowohl Offensiv- wie Defensivkriege unmöglich — und die „Abrüstung wird dann von selbst kommen, weil keine Veranlassung mehr besteht, die Rüstungen in umfangreicherer Weise aufrecht zu erhalten, als es die Erfordernisse des polizeilichen Schutzes der einzelnen Nationen notwendig machen." Danach scheint die Abrüstung eine herzlich einfache Sache zu sein. Aber mit Formeln und Thesen allein ist, wie die Erfahrung zur Genüge lehrt, dem Problem nicht beizukommen.

Das Scheitern der Seeabrüstungskonferenz, die französische Heeresvorlage, die dürre Rede Chamberlain in Genf (der Völkerbund steht uns hoch, höher aber das britische Empire!), alles das zeigt, wo Schwierigkeiten liegen. Die Rückkehr zum Genfer Protokoll setzt in England die Labourregierung voraus — Labourregierung von Dauer! Erfordert weiter Linksregierungen in Frankreich, Deutschland, von den anderen Ländern noch gar nicht zu reden. Im europäischen Maßstab aber ist die Abrüstung, da wir gerade bei der englischen Welt-Seemacht sind, nicht zu lösen. Amerika und Japan stehen schon im Hintergrunde. Ist das Genfer Protokoll berufen, auch diese Frage zu lösen? Es hat keinen Zweck, sich am Klange von Worten und Formeln zu erfreuen, man muß sich beizeiten Rechenschaft geben, ob wir mit dieser Methode durchkommen.

*

Wir glauben deshalb, daß wenn das Abrüstungsproblem mit allem Ernst bis zur letzten Konsequenz durchdacht wird, es in einer großen Auseinandersetzung zwischen dem Kapitalismus und seinen Trabanten Rüstungsindustrie, Militarismus und Nationalismus einerseits und dem Sozialismus andererseits gipfelt. Darüber sollten sich die Sozialisten aller Länder vollkommen klar sein.

Eine sozialistische Regierung, selbst wenn sie an der Spitze des britischen Weltreichs steht, wird in kurzer Frist die Abrüstung nicht lösen, da sin in diesem Falle zuerst den **erbittertsten Kampf mit den kapitalistischen und imperialistischen Mächten des eigenen Landes** zu bestehen hat. Ebenso würde es in den anderen europäischen Großmächten sein. Die neuen europäischen Kleinmächte, bewaffnet bis an die Zähne, würden sich sogar mit dem Mut der Verzweiflung gegen die Abrüstung wehren.

Daraus ist zu schließen, daß die Abrüstungsfrage eine Machtfrage größten Ausmaßes ist. Abrüstung wird nicht eher kommen, bevor der Kapitalismus nicht das Uebergewicht des Sozialismus zu spüren bekommt. Deshalb müssen die sozialistischen Parteien aller Länder, muß die sozialistische Internationale die Initiative zum Kampf für die Abrüstung ergreifen. Auf der Tagung der Exekutive in Brüssel scheint der Anfang gemacht zu sein. Möge es nicht nur bei diesem ersten Schritt bleiben. Der sozialistischen Internationale bieten sich hier nicht nur außerordentlich große Aufgaben, sondern auch die günstigsten Möglichkeiten schnelleren Vorwärtskommens und bedeutender Machtsteigerung: im Kampfe um die Abrüstung, um die Sicherung des Weltfriedens wird der Sozialismus, wird die Internationale selbst erstarken. Die Völker sind in ihrer überwiegenden Mehrheit bereit, den Weltfrieden zu begründen. Sie bedürfen aber der entschlossenen, zielklaren Führung. An dieser Aufgabe ist der Völkerbund gescheitert. Mehr denn je können wir heute sagen: **die Stunde der Internationale ist gekommen!**

Spektator.

Christian Rakowski

Von Anatole de Monzie.

Christian Rakowsky habe ich in Paris vor zwanzig Jahren als Student von unsicherer Nationalität und ungewisser Bestimmung kennengelernt. Zum ersten Male trat er mir dann im Oktober 1924 in Dover als bevollmächtigter Botschafter der Sowjetregierung entgegen. „Ich habe von Ihnen", erklärte mir der Botschafter, „eine lebhafte Erinnerung und ein wertvolles Autogramm bewahrt. Das Autogramm, von dem ich ein Faksimile in einem meiner Bücher veröffentlicht habe, ist ein Antragsentwurf auf Naturalisierung, den Sie mir als Advokat damals überreichten, als ich noch Franzose werden wollte. Die Sache führte zu nichts, und, wie Sie sehen, hat die Revolution mir seitdem das Bürgerrecht verliehen."

Tatsächlich war bis zur russischen Revolution keine Nationalität stärker umstritten, als die Christian Rakowskys. „Im Gegensatz zu dem, was Homer widerfuhr", pflegt er scherzhaft zu sagen, „streiten sich zwei Länder um die Ehre, nicht die Stätte meiner Geburt gewesen zu sein!" Die beiden Länder sind Bulgarien und Rumänien. Rechtlich ist die Situation jedoch ganz klar. In Kotel (Bulgarien) geboren, ist Rakowsky Bulgare und sogar der Sprößling einer bulgarischen Adelsfamilie. Rumäne wurde er auf Grund des Vertrages von San Stefano, nachdem seine Eltern endgültig für die rumänische Dobrudscha gestimmt hatten. Sicher ist, daß Rakowsky, als er kaum den Kinderschuhen entwachsen war, Rumäne und Revolutionär wurde.

Die revolutionäre Gesinnung war für ihn ein Familienerbstück. Einer seiner Onkel mütterlicherseits, Georg Mamatchef, hatte 1834 gegen die Türken jene bulgarische Revolte entfacht, die seitdem oft den Gegenstand wechselte, nur selten aber an Heftigkeit eingebüßt hat. Von 1840 bis 1867 agitierte ein anderer Onkel, Sava Rakowsky, an der Spitze einer Kamatschi. Beide wurden verschiedene Male verurteilt und ausgewiesen und schufen damit eine Tradition, der Christian Rakowski lange Zeit treu geblieben ist. Die orthodoxe Kirche wollte hinter den weltlichen Behörden nicht zurückbleiben und schleuderte gegen die Mutter des künftigen Bolschewisten den Bannstrahl, von dem die gesamte Familie getroffen wurde. Das war ohne Zweifel der Grund, aus dem Atheismus und Antiklerikalismus die Form einer systematischen Revanche und philosophischen Vendetta in dem Geiste des kleinen Rumänen annahmen, der zudem noch unter dem Einfluß eines demokratischen und voltairischen Vaters stand.

Das erste Schauspiel, das auf die Phantasie des Knaben wirkte, waren die Szenen des russisch-türkischen Krieges. General Totleben, der Belagerer von Plewna, wurde der Gast der Rakowskys in Kotel. In diesem Hause, das den Verteidigern des slavischen Ideals eine gastliche Stätte war, sprach man von nichts anderem als vom Kriege, von der Emanzipierung der Völker und der Befreiung der Unterdrückten. Zu jener Zeit empfand Rakowsky für Rußland schon die Liebe, die ihn bald völlig erfüllte. Obgleich die Eltern Rumänen waren, schickten sie den Knaben 1878 in das bulgarische Gymnasium von Varna. Aber bald wird Christian wegen eines Schülerstreiks, den er inszeniert hatte, vom Gymnasium gewiesen. Durch besondere Vergünstigung wird er dann in das Gymnasium von Gabrovo aufgenommen, um zwei Jahre später gleichfalls — aber diesmal definitiv fortgejagt zu werden. Mit sechzehn Jahren vertieft er sich in Karl Marx. Das „Kapital" ist der Roman, der seine Jugend entzückt, ihm den Weg weist und sein Schicksal für immer besiegelt. Keine geistigen oder sentimentalen Spielereien, keine Jugendtorheiten, keine Frau ist im Leben dieses jungen Revolutionärs zu entdecken.

Auf einem Landausflug dringt er in eine Dorfkirche ein, besteigt die leere Kanzel und donnert von dort aus das kommunistische Evangelium der ersten Christen herab. Trotz seiner ungewöhnlichen Begabung für jede Art der Propaganda, die ihn zum Volksredner prädistiniert erscheinen ließ, schlägt Rakowsky die Universitätslaufbahn ein und studiert Medizin. Genf, Lausanne und Zürich sind die Treffpunkte der russischen Studenten und Verschwörer. Plekhanoff, Vera Sassulitsch und Axelrod empfangen den Jünger mit ausgebreiteten Armen, und Rosa Luxemburg übernimmt es, ihn in die letzten Geheimnisse der Kunst der Revolution einzuweihen. Rakowsky erweitert den Kreis seiner Kenntnisse und seiner Beziehungen unter den polnischen, armenischen und bulgarischen Flüchtlingen, die sich in der Stadt Calwins versammeln. Von Genf geht er im Herbst 1893 nach Berlin.

Diesen Residenzwechsel mochte mehr der „Vorwärts" als das Interesse an den anatomischen Vorlesungen bewirkt haben. Auf jeden Fall hat Rakowsky mehr Umgang mit Wilhelm Liebknecht als mit seinen Professoren. Schließlich vertauscht er den Hörsaal völlig mit dem Klub, in dem die Narodniki mit den Marxisten über die Interpretierung der Texte stritten. Sechs Monate genügten, um die deutsche Polizei auf Rakowsky aufmerksam zu machen und ihn über die Grenze zu führen. Das war seine erste Ausweisung.

In Montpellier finden wir ihn wieder, wo er mit Auszeichnung zum Doktor promoviert mit einer These über „Verbrechen und Entartung". Die These vertritt den Standpunkt, daß die Vererbung in der Kriminalität keine Rolle spielt.

Rakowsky hat eine bulgarische Erziehung genossen, hat ein französisches Diplom und ist dabei rumänischer Nationalität. Er kann sein Tätigkeitsfeld nach Bulgarien, Rumänien oder Frankreich verlegen, obwohl er von Herzen längst Russe ist. Er entscheidet sich für Bulgarien, das er zu bekehren versucht, nachdem er in Sofia die akademische Gleichberechtigung für sein französisches Doktordiplom erhalten hat. Obgleich er seinen Beruf sowohl in Frankreich wie in Bulgarien ausüben kann, entschließt er sich für Rumänien, wo er als Stabsarzt 1899 seiner Dienstpflicht obliegt. Dieser junge Offizier von 25 Jahren hat einen beträchtlichen Teil Europas durchstreift, vier oder fünf Sprachen gelernt, mehrere bemerkenswerte Bücher veröffentlicht und zahlreiche Artikel in fortschrittlichen Revuen erscheinen lassen. Ich glaube jedoch, daß, wenn er Notizen für die Abfassung seiner Biographie zusammenstellen sollte, er nur ein einziges Ereignis aufzeichnen würde, denn das einzige, was in seinen Augen Bedeutung hat, ist: „1893 habe ich Engels, dem Gefährten von Marx, die Hand gedrückt."

In Reval beendete Rakowsky sein Buch über das „Zeitgenössische Frankreich", das von einer tiefen Gelehrsamkeit und von warmer Sympathie Zeugnis ablegt. Im Jahre 1900 lernte ich ihn in Paris kennen. Rakowsky lebte sich mit der ihm eigentümlichen Anpassungsfähigkeit in die französischen Verhältnisse ein, und es fehlte nur wenig, daß er zum Abgeordneten des Departements Loire gewählt worden wäre. Doch das ist eine Geschichte für sich. Die ehrgeizigen Pläne Rakowskys scheiterten an der Ablehnung seines Naturalisationsgesuches. Vielleicht ist er nur Bolschewist geworden, weil er nicht die Möglichkeit hatte, Franzose zu werden.

Rakowsky kehrte 1902 nach Rumänien zurück. Die Gärung unter den Arbeitern von Bukarest und Konstanza drohte nach dem 9. Januar 1905 heftig zum Ausbruch zu kommen. Meetings und Streiks waren an der Tagesordnung, und die Popularität Rakowski wuchs so sehr, daß er in den Generalrat von Konstanza gewählt wurde. Die liberale Regierung griff zu den stärksten Mitteln. Der Reserveoffizier Rakowsky wurde wegen Beschimpfung der Armee degradiert und als lästiger Ausländer, der sich auf betrügerische Weise die rumänische Nationalität erschlichen hatte, über die Grenze abgeschoben

Ein Meisterwerk Rakowskys, das den Vergleich mit den Memoiren Beaumarchais aushält, ist seine Schrift „Pro Domo", die 1909 unter dem Titel „Eine skandalöse Ausweisung" in Paris und Bukarest erschien. Für diese Schrift verlange ich ein Ehrenplatz in der Anthologie der Prozeßliteratur, nicht nur wegen ihres wirklichen Wertes, sondern wegen der Dauerwirkung, die sie bei den rumänischen Volksmassen hervorrief Wie in Paris nach der Aufhebung des Urteils über Dreyfus, schlug man sich am 19. Oktober 1909 für und wider diese Schrift in den Straßen von Bukarest. Das Urteil des Kassationshofes, das Christian Rakowsky seiner rumänischen Nationalität beraubte, wird aufgehoben. Aber Rakowsky bringt es fertig, noch zweimal aus Rumänien ausgewiesen zu werden, später auch aus Rußland, Bulgarien und Ungarn. Schließlich geht er nach Konstantinopel, wo er sofort nach seiner Ankunft von den Jungtürken ins Gefängnis geworfen wird. Die Sozialisten erwirken ihm schließlich einen Aufenthalt — unter Polizeiaufsicht — in Sofia.

1912 wird Rakowsky zum sechstenmal ausgewiesen. Trotzdem kehrt er während des Balkankrieges nach Rumänien zurück, wird in Galaz verhaftet, entweicht nach Italien und nimmt schließlich in Bern die Lehren Lenins entgegen.

August 1916. Rumänien tritt in den Weltkrieg ein, und Rakowsky wird ins Gefängnis geworfen. Ein Jahr später lebt er in Jassy, von den Kerenski-Truppen befreit, deren letzten Rest er zum Dank zu zersprengen sucht. Odessa; Petrograd, Kronstadt, Stockholm: Sozialistenkongreß. Ich glaube immer noch (was ich 1917 in einer Geheimsitzung der Kammer erklärt habe): Es war ein Irrtum, den französischen Sozialisten jede Beteiligung an dem Stockholmer Kongreß zu untersagen. Brest-Litowsk

war die Folge dieses Irrtums, der auf Krieg und Frieden schwere Rückwirkungen hatte.

Rakowsky ist unterdessen nach Südrußland aufgebrochen. In Sebastopol bewaffnete er ein Freikorps, mit dem er in Rumänien einbricht. 1918 treffen wir ihn als Unterhändler mit den Deutschen in Berlin wieder. Siebente Ausweisung. Rakowsky läßt sich nicht einschüchtern und taucht wieder in Deutschland auf. Einkerkerung in Kowno. 1920 Ernennung zum Präsidenten des Rates der Volkskommissare. In Kiew. Mit den Eroberungen der Revolution wird das Leben Rakowskys ruhiger. 1923 Zwischenakt der Konferenz in Genua. 1923 Botschafterposten in London. 1925 Tausch mit Krassin. Der frühere Mediziner von Nancy und Montpellier, der kosmopolitischste aller Staatsgefangenen, tritt, nachdem er Mazeppa in die Ukraine gefolgt war in Paris das Erbe Iswolskys an. (Vossische Zeitung).

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 **Breslau Welle 322,6**

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Sonnabend, den 24. September 1927: 14.50—15.15: Uebertragung von der Deutschen Welle Berlin: Hans-Bredow-Schule: Abt. Sprachkurse. — 16.30—18: Uebertragung aus Gleiwitz: Konzert. — 18: Stunde mit Büchern. — 19—19.30: Hans-Bredow-Schule: Abt. Kulturgeschichte. — 19.35—20.05: Abt. Sport. 20.15: „Frühling“, Operette in einem Akt. — 21.30—22: Lehar-Walzer. — 22.15—24: Tanzmusik der Funkkapelle.

Bern, Welle 411 — **Basel**, Welle 1100.

Sonnabend. 16: Orchester. 16,30: Kinderstunde. 20: Volkstümlicher Abend. 21,20: Orchester.

Krakau — Welle 422.

Sonnabend. 17,15: Warschau. 19: Vorträge. 20,30: Warschau. 22,30: Konzert.

Mailand — Welle 315,8.

Sonnabend. 16,15: Wie Dienstag. 20,45: Zeitzeichen. Radiotechnischer Vortrag. 1. und 2. Aufzug von „Ein Maskenball“, Oper von Verdi. Stefani-Nachrichten. Anderes Programm: Wie Montag.

Rom — Welle 450.

Sonnabend. 17,45: Wie Dienstag. 21,10: ungefähr: Uebertragung aus einem Theater. In Pausen: Bücherschau. Letzte Mitteilungen.

Stockholm — Welle 454,5.

Sonnabend. 18: Kinderstunde. 18,30: Sport der Woche. 18,50: Vortrag. 19,50: Gedenkstunde. 20,20: Vortrag. 20,40: Sketch. 20,30: Tanzmusik.

Warschau — Welle 1111.

Sonnabend. 12: Wie vor. 16,35: Vortrag. 17,15: Nachmittagskonzert. 18,50: Radio-Chronik. 19,35: Vortrag. 20,15: Abendkonzert. 22: Zeitsignal. Berichte.

Wien — Welle 517,2 und 577.

Sonnabend. 11: Vormittagsmusik. 16,15: Nachmittagskonzert. 18,30: Aus Frauenliebe und -leben. 19,45: Operettenaufführung „Die lustige Witwe“. Abend-Tanz-Konzert.

Mitteilungen
des Bundes für Arbeiterbildung

Kattowitz. Am Freitag, den 23. September 1927, abends 7½ Uhr, findet im Zentralhotel, Zimmer 23, die Generalversammlung statt. Zu derselben werden die beiden Delegierten aller Kulturvereine gebeten, pünktlich zu erscheinen.

Versammlungskalender

Partei-Vorstandssitzung!

Am Sonntag, den 25. September, vormittags 9½ Uhr, findet im Parteibüro, Zimmer 23 des Zentralhotels in Kattowitz, eine Partei-Vorstandssitzung statt. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung wird um vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder des Parteivorstandes dringend ersucht.

Mit Parteigruß!
J. A. Kowoll.

Achtung, Pressekommission!

Am Sonnabend, den 24. d. Mts., abends um 7 Uhr, findet im Zentralhotel in Kattowitz eine Pressekommissions-Sitzung statt.

Achtung, Arbeitersänger!

Das Gaukonzert muß bereits am 25. September stattfinden.

Proben für die Gruppenchöre:

Freitag: Bismarckhütte-Schwientochlowitz in Königshütte, Tempelstraße (Paschek).

Generalprobe: Sonntag nachmittags 3 Uhr im Stadttheater.

Sozialistische Jugend.

Am Dienstag, den 27. d. Mts., findet unsere
Bezirks-Vorstandssitzung
in Laurahütte um ½8 Uhr statt.

Es wird erwartet, daß alle Gruppen vertreten sind.

Kattowitz. (Bezirksdelegiertenversammlung des Maschinisten- und Heizerverbandes.) Für Sonntag, den 25. September, vormittags 9 Uhr, beruft die hiesige Bezirksleitung des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer nach dem Zentralhotel Kattowitz die fällige Bezirksdelegiertenversammlung ein. Sämtliche in den Zahlstellen gewählten Bezirksdelegierten haben daran teilzunehmen. Die Tagesordnung wird bei Beginn der Sitzung bekannt gegeben. Die Bezirksleitung.

Königshütte. (D. S. A. P.) Am Freitag, den 23. September, abends 7½ Uhr, findet im Hotel zur Königshütte, Vereinszimmer, die fällige Mitgliederversammlung statt. Die Mitglieder werden dringend ersucht, vollzählig zu erscheinen.

Nikolai. („Freie Sänger.“) Am Freitag, den 23. d. M., abends 7¼ Uhr, findet im Vereinslokal (Ciossek) die fällige Monatsversammlung statt. Vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzytki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse“, Sp. z ogr. oap., Katowice; Druck: „Vita“, nakład drukarski, Sp z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.

Vermischte Nachrichten

Es ist nichts so fein gesponnen . . .

Vor dem Schwurgericht in Sondershausen in Thüringen wird in aller Kürze ein Prozeß zur Verhandlung kommen, der das allergrößte Interesse der breiten Oeffentlichkeit haben dürfte. In seinem Mittelpunkt stehen zwei Männer als Angeklagte, die beide das biblische Alter überschritten haben und sich in heftiger Fehde gegenseitig des Mordes bezichtigen. Die Angelegenheit hat folgende Vorgeschichte: Auf dem Grundstück eines Fleischermeisters in Frankenhausen in Thüringen wurden vor einiger Zeit Ausschachtungsarbeiten vorgenommen, da hier ein Neubau erstehen sollte. Hierbei stieß man plötzlich auf ein menschliches Skelett. Da vor langen Jahren auf demselben Grundstücke ein großer Brand stattgefunden hatte, nahm man zuerst an, daß der Tote ein Opfer des damaligen Brandunglücks sein könne. Da von einem solchen Vorfalle aber der Behörde nichts bekannt war, nahm sich die Staatsanwaltschaft in Sondershausen des Falles an. Die eigentümliche Lage des Skeletts, die Abwehrstellung eines Armes und die Tatsache, daß das Skelett einen Schlüssel im der rechten Hand umklammert hielt, bestärkten die Staatsanwaltschaft in dem Verdacht des Vorliegens eines Mordes. Die Untersuchung ergab dann auch, daß die Stelle, wo das Skelett gefunden war, gar nicht von dem Brande berührt worden war. Die Leiche wurde als die des seit 1877 spurlos verschwundenen Eduard Worbs aus Frankenhausen identifiziert. Die Feststellung wurde bestätigt durch ein Geständnis eines Fräulein Christ auf ihrem Totenbette vor etwa 30 Jahren. Sie hatte damals erklärt, wenn einmal eine Leiche gefunden würde, die einen großen Schlüssel bei sich habe, dann sei es die des vermißten Eduard Worbs. An diese Worte erinnerten sich die alten Leute, und auch, daß an dem fraglichen Abend Worbs mit den zwei bei dem Fleischermeister Aderholt beschäftigten Gesellen Niest und Poppe zuletzt gesehen worden sei. Beide bewarben sich damals mit Worbs um ein junges Mädchen, das später auch die Frau des Worbs wurde. Diese Tatsache wurde laut, und die Folge war, daß die beiden heute noch lebenden Beteiligten Niest und Poppe sich gegenseitig verschiedener Umstände beschuldigten, die den Verdacht ihrer Täterschaft bestärkten und so die Staatsanwaltschaft zum Eingreifen veranlaßten. Insbesondere erklärte der alte Poppe die Angaben des Niest für vollständig erlogen. Die Behörde hat aus diesem Streit so viele Fingerzeige und Anhaltspunkte erhalten, daß gar kein Zweifel mehr besteht, daß der Schleier, der 50 Jahre lang über einem Eifersuchtsdrama gelegen hat, nun doch endlich gelüftet wird.

Eine gebrauchte, aber guterhaltene Guillotine zu verkaufen.

In der Pariser Auktionshalle, die sich im Palais Denots befindet, wird in den nächsten Tagen eine eigenartige Versteigerung stattfinden. Ein alter Aristokrat verkauft Antiquitäten aus seinem eigenen Besitz, von denen manche großen historischen Wert haben; so befinden sich unter den Gegenständen, die unter den Hammer kommen sollen, ein Gebetbuch und viele andere Sachen aus dem Besitz der Pompadour. Die größte Attraktion des Katalogs ist eine Guillotine, die während der großen Revolution auf dem Marktplatz von Dijon ihren blutigen Dienst verrichtet hat. Der Wert dieses Gegenstandes wird mit 10 000 Franken, also 1600 Mark, bezeichnet. Die Pariser Zeitungen erklären, daß nicht zum ersten Mal eine Guillotine, bei einer Aktion im Palais Denots zum Kauf angeboten wird. Vor einiger Zeit wurde dort ein Fallbeil, mit dem nicht weniger als 4000 Aristokratenköpfe abgeschlagen worden sind, in den Katalog aufgenommen. Sein Preis war sogar niedriger angesetzt als der Preis der jetzt angebotenen Hinrichtungsmaschine. Damals wurde die Guillotine vor der Aktion in den Ausstellungsräumen einer bekannten Möbelfirma untergebracht. Der Besuch des Publikums war so groß, daß die Polizei einschreiten mußte.